



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

17/2022 vom 16.09.2022

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Europäisches Parlament.....	3
Wirtschaft.....	8
Verkehr.....	11
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	13
Finanzdienstleistungen.....	14
Finanzen.....	15
Soziales.....	16
Gesundheit und Verbraucherschutz .....	18
Umwelt.....	20
Landwirtschaft.....	23
Justiz.....	24
Inneres.....	25
Bildung und Kultur.....	28
Information, Kommunikation und Medien .....	29
Veranstaltungen.....	30
Vorschau.....	34

## Institutionelles

### **Kommission; Rede zur Lage der Union 2022**

Am 14.09.2022 hat Ursula von der Leyen, Präsidentin der Kommission, ihre Rede mit dem Titel „Eine Union, die fest zusammenhält“ im EP in Straßburg gehalten. Jedes Jahr im September hält die Präsidentin bzw. der Präsident der Kommission vor dem EP eine Rede zur Lage der Union. Hierin werden die Erfolge des abgelaufenen Jahres bilanziert und die Prioritäten für das kommende Jahr dargelegt. Ferner wird erläutert, wie die Kommission die dringendsten Herausforderungen meistern will und wie aus ihrer Sicht die Zukunft der EU aussehen soll. Im Mittelpunkt der diesjährigen Rede stand vor allem die Reaktion der EU auf den russischen Krieg gegen die Ukraine und die Bemühungen, die Abhängigkeit von fossiler Energie aus Russland zu beenden. Zunächst würdigte von der Leyen das gemeinsame Handeln Europas in den letzten Monaten. Die Kommissionspräsidentin bekräftigte erneut die Solidarität Europas mit der Ukraine und reiste noch am selben Tag nach Kiew, um mit Präsident Selenskyj zusammenzutreffen. Von der Leyen sprach sich in ihrer Rede für eine europäische politische Gemeinschaft und für einen Europäischen Konvent aus. Weiterhin ging sie u. a. auf die Themen „Europäischer Grüner Deal“, „Schutz der Demokratie“ und „Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung“ ein.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech\\_22\\_5493](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_5493)

## Europäisches Parlament

### **Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 12.-15.09.2022 in Straßburg**

#### Rede zur Lage der Europäischen Union: Debatte mit Ursula von der Leyen

In der sich der Rede zur Lage der EU im Plenum des EP anschließenden Debatte kamen vor allem die Fraktionsvorsitzenden zu Wort: Der EVP-Fraktionsvorsitzende MdEP Manfred Weber (EVP/DEU) rief zu einem „Winter der Solidarität“ auf: „Wir können Putin schlagen und die Stromrechnungen der Menschen senken“. In Bezug auf die neuen Energievorschläge bedauerte er die schwache Rolle des EP und die mangelnde Führungsrolle des Rates. Er forderte auch ein Moratorium für neue Rechtsvorschriften, um eine zusätzliche Belastung für Landwirte und KMU zu vermeiden. Schließlich betonte er, dass es „keine Bemühungen gibt, die Verteidigungsaktivitäten der EU zu koordinieren“, und forderte die Kommission auf, „vor Dezember einen europäischen Verteidigungsaktionsplan aufzustellen“. Das Engagement der EU für die Freiheit und Integrität der Ukraine müsse fest sein, aber neben dem Feiern von Siegen müssten wir diejenigen unterstützen, die unter den sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges leiden, sagte die S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Iratxe García (S&D/ESP). „Wenn nicht, werden wir sehen, wie der Populismus wächst“, warnte sie. Iratxe García begrüßte die Vorschläge zur Energiewende, insbesondere die Verwendung der außerordentlichen Gewinne der Energieunternehmen, denn es sei nicht hinnehmbar, dass einige auf Kosten des Leidens von Familien zu Millionären würden. Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Stéphane Séjourné (RN/FRA) erklärte, dass der Kampf der Ukraine „ein Kampf für die Werte Europas ist, es ist unser Kampf, der Kampf für die Rechtsstaatlichkeit gegen das Recht des Stärkeren“. Die EU verfüge über die Mittel, um schnell und wirksam auf die Folgen des Krieges für die europäischen Bürger zu reagieren, sagte er. Er sprach sich für Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise aus und rief dazu auf, „all unsere Abhängigkeiten in den Bereichen Lebensmittel, Rohstoffe, Gesundheit, digitale und Verteidigungsinfrastrukturen“ zu verringern. Die öffentliche Politik sollte mit dem Ziel

der strategischen Autonomie in Einklang gebracht werden, schloss er. „Wir müssen die Ukraine weiterhin unterstützen und diese Bemühungen sogar noch verstärken“, betonte die Grüne Fraktionsvorsitzende MdEP Ska Keller (Grüne/DEU). Aber auch die Solidarität innerhalb der EU muss zunehmen. Wir müssen sicherstellen, dass die Kosten dieser Zeit von denen getragen werden, die die breitesten Schultern haben“, betonte sie. „Letztendlich ist der einzige Weg aus der Krise, weniger Energie zu verbrauchen und mehr erneuerbare Energie zu nutzen“. Keller forderte die Kommission außerdem auf, dafür zu sorgen, dass „kein Geld an POL und HUN ausgezahlt wird, wenn sie nicht auf den Pfad der Rechtsstaatlichkeit zurückkehren“. Der ID-Fraktionsvorsitzende MdEP Marco Zanni (ID/ITL) vertrat die Ansicht, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen „bei weitem nicht ausreichen, um denjenigen, die heute leiden, konkrete Hilfe zu bringen. Die Deckelung des Gaspreises - die einzige Maßnahme, die den Bürgern und Unternehmen irgendwie helfen wird (...) - wird immer noch diskutiert“. Zanni forderte die Kommission auf, zu bedenken, dass sich „die Welt seit 2019 verändert hat“ und dass bestimmte Politiken nicht mehr praktikabel seien, da sie weder zum Klimaschutz noch zum industriellen und sozioökonomischen Übergang beigetragen hätten. Der EKR-Fraktionsvorsitzende MdEP Raffaele Fitto (EKR/ITL) rief dazu auf, das atlantische Bündnis weiter zu stärken und die Sanktionen beizubehalten, da dies die einzigen Mittel seien, um Ergebnisse zu erzielen. Er betonte jedoch die Notwendigkeit, „eine echte Einheit“ in der EU zu gewährleisten, um „zwei große Themen angehen zu können: das der Energie und das der Unterstützung für Familien und Unternehmen“. „Wir brauchen klare Antworten auf die Gaspreisobergrenze und die Entkopplung der Preise für Gas und Energie“, betonte er. Die GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Manon Aubry (GUE/FRA) betonte, dass die Bürger ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Die Gehälter stagnieren, während die Preise mit der Inflation und den Energiekosten steigen, aber die Dividenden steigen und die Milliardäre nutzen ihre Privatjets, beklagte sie. Frau Aubry begrüßte die angekündigte Steuer auf überschüssige Gewinne der Energiekonzerne. Ihre Fraktion sei immer die einzige gewesen, die eine solche Steuer gefordert habe, die von allen Unternehmen gezahlt werden müsse, die von der Krise profitieren.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-09-14-ITM-002\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-09-14-ITM-002_DE.html)

Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Energieeffizienz-Richtlinie  
Das EP hat am 14.09.2022 im Rahmen der Berichte von MdEP Markus Pieper (EVP/DEU) und MdEP Niels Fuglsang (S&D/DNK) seine Position zur Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und der Energieeffizienz-Richtlinie angenommen (siehe Beiträge unter „Energie“)

HUN: Bericht stellt „Zerfall der Demokratie“ fest

Das EP verurteilte am 15.09.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Gwendoline Delbos-Corfield (GRÜNE/FRA) die „vorsätzlichen und systematischen Bestrebungen der ungarischen Regierung“, die europäischen Werte zu untergraben, und fordert Ergebnisse im Artikel-7-Verfahren. Das Fehlen entschlossener Maßnahmen der EU habe „zu einem Zerfall der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in HUN beigetragen“ sowie zur Entstehung eines „hybriden Systems der Wahlaokratie“, d.h. eines Verfassungssystems, in dem zwar Wahlen stattfinden, aber demokratische Normen und Standards nicht eingehalten werden, so die MdEP. Der Bericht, der mit einer Mehrheit von 433 - 123 - 28 angenommen wurde, baut auf der Entschließung auf, mit der das Parlament 2018 das Verfahren nach Artikel 7 eingeleitet hat, um einen Überblick über die Entwicklungen in den vom Parlament identifizierten 12 Problembereichen zu vermitteln. So wird aufgezeigt, wie sich die in Artikel 2 EUV verankerten Werte, einschließlich der Demokratie und der Grundrechte

im Land, seit 2018 weiter verschlechtert haben, und zwar durch die „vorsätzlichen und systematischen Bestrebungen der ungarischen Regierung“, verschärft durch die Untätigkeit der EU. Das EP bedauert, dass der Rat nicht in der Lage ist, nennenswerte Fortschritte zu erzielen, um den demokratischen Rückschritten entgegenzuwirken. Die MdEP betonen, dass Artikel 7(1) keine Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten erfordert, um die „eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der EU-Werte zu identifizieren, noch um konkrete Empfehlungen und Fristen zu setzen. Jede weitere Verzögerung einer solchen Maßnahme käme einem Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit durch den Rat selbst gleich, so die MdEP. Die MdEP fordern die Kommission auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente, insbesondere die Verordnung über die „Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität“, voll auszuschöpfen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0324\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0324_DE.html)

#### Mindestlohnrichtlinie

Das EP hat 14.09.2022 mit einer Mehrheit von 505 - 92 - 44 im Rahmen des Berichts von MdEP Dennis Radtke (EVP/DEU) und MdEP Agnes Jongerius (S&D/NDL) neue Rechtsvorschriften für eine EU-Mindestlohnrichtlinie angenommen. Damit stimmen die MdEP dem im Trilog am 06.06.2022 gefundenen Konsens zu. Im Wesentlichen verfolgt die Richtlinie das Ziel, den Zugang zu den nationalen Mindestlohnvorschriften zu sichern und die Tarifbindung zu stärken. Für letzteren Punkt sollen die Mitgliedstaaten (MS) für Tariflöhne, respektive Tarifverhandlungen werben und somit die Sozialpartnerschaften stärken. Die 21 MS mit gesetzlichen Mindestlöhnen sind angehalten, die Angemessenheit der Mindestlöhne anhand klarer Kriterien bei deren Ermittlung und Festlegung heranzuziehen. Hierbei werden auch die nationalen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen gewichtet. Das EP geht von einer formalen Verabschiedung des Kompromisses im Rat noch im Laufe des Septembers 2022 aus.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0316\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0316_DE.html)

#### Ansprache der finnischen Premierministerin Sanna Marin vor dem Plenum

Die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin sagte am 13.09.2022 in ihrer Rede vor den MdEP im Rahmen der Debattenreihe „Das ist Europa“, dass die Ukrainer ihren Mut und ihre Ausdauer bewiesen hätten und den Krieg gewinnen müssten - es gebe keine Alternative. Die Europäer müssten daher weiterhin alle Arten von Hilfe für die Ukraine leisten und bereit sein, noch schärfere Sanktionen und Visabeschränkungen gegen Russland zu verhängen, so Marin weiter. Das kurzsichtige Vorgehen Russlands habe bereits zu einer noch stärkeren Einigkeit des westlichen Bündnisses geführt, so Marin - nicht zuletzt durch den Antrag FIN und SWE auf Beitritt zur NATO. Mit Blick auf die unbeständige Lage auf den Energiemärkten forderte Marin kurzfristige Maßnahmen zur Senkung der Strompreise, zur Bewältigung der Turbulenzen auf den Strommärkten und der Probleme beim Derivatehandel. Mittel- und langfristig können nur Investitionen in erneuerbare und kohlenstofffreie Energien, zusätzliche Übertragungsnetze und Speichermöglichkeiten die Energiekrise beenden. Investitionen in den grünen Übergang erhöhen auch unsere Autonomie, argumentierte sie, und deshalb muss das „Fit for 55“-Paket vorankommen, ohne seine Ambitionen zurückzuschrauben. Die EU habe ihre Handlungsfähigkeit in verschiedenen Krisen bewiesen, so Marin. Gleichzeitig haben diese Krisen Schwachstellen aufgedeckt, und Europa sollte nun seine strategische Autonomie stärken: im Energiebereich, bei der Produktion von Verteidigungsgütern, bei der Ernährungssouveränität und in der Technologie. Um auf Krisen und Herausforderungen angemessen reagieren zu können, braucht die EU einen ausreichenden Haushalt. Gleichzeitig sei eine Lockerung der EU-Finanzvorschriften nicht der beste Weg, um die EU zu reformieren, und der Konjunktur- und Resilienzfonds sei ein einmaliges Instrument, wenn auch ein

notwendiges, sagte Marin. Sie forderte auch weitere Verbesserungen der regelbasierten Wirtschaftsordnung der EU, damit soziale Fragen, Beschäftigung und Umwelt besser berücksichtigen kann. Die derzeitige Krise ist nicht die erste und wird auch nicht die letzte sein, die Europa durchmacht, so Marin. Deshalb rief sie Europa dazu auf, sich der russischen Energieerpressung zu widersetzen, geeint zu bleiben und seine Werte zu bewahren: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte. Nach der Rede der Ministerpräsidentin begrüßten die MdEP die Entscheidung FIN, die NATO-Mitgliedschaft zu beantragen, und erkundigten sich nach den finnischen Ideen zur Entwicklung der europäischen Energiemärkte und -netze, einschließlich der Verbindungsleitungen. Sie riefen zur europäischen Einheit auf, um angesichts der Energieerpressung standhaft zu bleiben, und forderten Reformen der Energiemärkte. Einige Redner betonten auch die Bedeutung der Ernährungssicherheit und der Bekämpfung von Hungersnöten im Kampf gegen Putins Taktik. Die MdEP gingen auch auf die Vorteile ein, die der gemeinsame europäische Markt allen Mitgliedstaaten bringt, und beklagten die Schwierigkeiten, mit denen weibliche Führungskräfte wie Ministerpräsidentin Marin immer noch zu kämpfen haben.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-09-13-ITM-005\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2022-09-13-ITM-005_DE.html)

#### Krieg in der Ukraine: Abstimmung über Budgethilfe

Am 15.09.2022 hat das EP einer Budgethilfe von 5 Mrd. Euro zugestimmt, um der Ukraine zu helfen, ihren wegen der russischen Invasion hohen Außenfinanzierungsbedarf zu decken. Es handelt sich um die zweite und größte Tranche eines EU-Hilfspakets in Höhe von 9 Mrd. EUR, von denen 1 Mrd. EUR bereits ausgezahlt wurde. Die Kommission gewährt der Regierung in Kiew das Darlehen zu äußerst günstigen Konditionen. Der Außenfinanzierungsbedarf der Ukraine ist durch die russische Invasion rapide angestiegen. Neben den enormen Schäden an Straßen, Brücken, Fabriken, Häusern, Krankenhäusern und anderer physischer Infrastruktur hat das Land auch seinen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten verloren. Nach bilateralen und multilateralen Hilfszusagen verbleibt nach Angaben des Internationalen Währungsfonds eine Finanzierungslücke von 10 Mrd. USD (9,8 Mrd. EUR). „Die Freigabe eines beträchtlichen Teils des Restbetrags des Sonderdarlehens wird eine zusätzliche und erhebliche Entlastung bringen und dazu beitragen, einen Teil dieses Defizits zu decken“, heißt es in dem von den MdEP angenommenen Text. Das EU-Darlehen werde auch dazu beitragen, „die Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung der Ukraine zu verbessern und das Land in die Lage zu versetzen, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen“. Der Text, der im Rahmen des so genannten „Dringlichkeitsverfahrens“ angenommen wurde, wurde mit einer Mehrheit von 534 - 30 - 26 angenommen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0323\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0323_DE.html)

#### Klimawandel: Reaktion der EU auf extreme Wetterphänomene

Nach einem Sommer mit verheerenden Dürren, Waldbränden und anderen extremen Wetterphänomenen in Europa hat das EP am 15.09.2022 mit einer Mehrheit von 469–34–44 eine Entschließung zur Verstärkung der Anstrengungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels angenommen. Die EU sollte ihre Bemühungen zur Eindämmung des Temperaturanstiegs um 1,5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau sowie ihre Pläne zur Anpassung an den Klimawandel verstärken, fordern die MdEP. Sie fordern die Kommission auf, einen umfassenden, ehrgeizigen und rechtsverbindlichen europäischen Rahmen für die Anpassung an den Klimawandel vorzuschlagen, wobei der Schwerpunkt auf den am meisten gefährdeten Regionen der EU liegen soll. Die EU sollte auch weiterhin eine aktive Rolle bei der Festlegung eines globalen Ziels für die Anpassung spielen und sicherstellen, dass die internationale

Gemeinschaft ihr Ziel für die internationale Klimafinanzierung erreicht. Die MdEP fordern außerdem, dass die EU bis zum Sommer 2023 einen „Stresstest“ für die Klimaresistenz wichtiger Infrastrukturen durchführt. In dem Text wird hervorgehoben, wie wichtig es ist, das EU-Katastrophenschutzverfahren weiterzuentwickeln und voll auszuschöpfen. In Anbetracht der immer häufigeren und schwereren Klimakatastrophen fordern die MdEP, dass die neue ständige rescEU-Flotte schnell geschaffen wird und dass die derzeitige freiwillige Feuerwehrreserve erweitert wird. Auch eine ständige EU-Katastrophenschutztruppe sei notwendig, so die MdEP. Die MdEP fordern die Mitgliedstaaten auf, Puffervorräte an strategischen Futter- und Lebensmitteln anzulegen und Bewässerungssysteme einzuführen, die nicht auf Oberflächen- oder Grundwasser zurückgreifen, wie z.B. Regenwasserspeicherung oder Abwasserrecycling, in Kombination mit Bemühungen, den Wasserverbrauch insgesamt zu reduzieren. In diesem Zusammenhang fordert der Text die Kommission auf, eine umfassende EU-Wasserstrategie vorzulegen. Weitere EU-Maßnahmen sollten das Ziel der Neutralität der Bodendegradation in der EU bis 2030 und eine integrierte Reaktion auf Waldbrände beinhalten, um die Wälder der EU vor der Zerstörung durch extreme Klimaereignisse zu schützen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0330\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0330_DE.html)

#### Neue Vorschriften zur Bekämpfung der von der EU verursachten Entwaldung weltweit

Am 13.09.2022 hat das EP seinen Standpunkt zur Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten angenommen. Das neue Gesetz soll Unternehmen eine Sorgfaltspflicht auferlegen. Sie sollen sicherstellen, dass in der EU verkaufte Waren nicht auf abgeholzten oder degradierten Flächen hergestellt wurden (siehe Beitrag unter „Umwelt“). Am 13.09.2022 hat das Plenum den Bericht von MdEP Ulrike Müller (RN/DEU) zur EU-Waldstrategie verabschiedet (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

#### Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen

Das EP hat am 15.09.2022 im Rahmen des Berichts von MdEP Rainer Wieland (EVP/DEU) und MdEP Charles Goerens (RN/LUX) mit einer Mehrheit von 392–119–56 seinen Standpunkt zu aktualisierten Regeln für politische Parteien und Stiftungen auf europäischer Ebene angenommen. Im Rahmen des Berichts soll eine Neufassung der Verordnung über die Bedingungen für die Satzung und die Finanzierung der politischen Parteien auf europäischer Ebene und der politischen Stiftungen auf europäischer Ebene erfolgen. Die Berichterstatter argumentieren: „Es bedarf klarerer Regeln für die Finanzierung europäischer politischer Parteien und für mehr Transparenz bei gesponserten politischen Inhalten („politische Werbung“). Der derzeitige Rechtsrahmen trägt der Notwendigkeit der Transparenz politischer Werbung, die für eine faire demokratische Debatte und freie Wahlen unerlässlich ist, nicht ausreichend Rechnung“. Durch die Neufassung der Verordnung sollen u.a. folgende Ziele erreicht werden: Die Parteien sollten transparenter und finanziell lebensfähig sein. Nationale Parteien außerhalb der EU müssten „gleichwertige Werte beachten“ und Vollmitglieder des Europarats sein. EU-Gelder sollten für Referendums-Kampagnen zu „direkt mit der EU zusammenhängenden Themen“ verwendet werden. Die MdEP fügten auch Bestimmungen zur Gleichstellung der Geschlechter hinzu und wollen sicherstellen, dass die kollegialen Führungsgremien der europäischen politischen Parteien und Stiftungen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern aufweisen, dass sie einen Plan zur Gleichstellung der Geschlechter annehmen (und ihre Mitglieder auffordern, dasselbe zu tun) und dass sie Protokolle gegen sexuelle und geschlechtsbezogene Belästigung einführen. Das EP ist mit der Verabschiedung des Berichts nun bereit, in Verhandlungen mit dem Rat einzutreten

und strebt an, den Prozess in der ersten Hälfte des Jahres 2023 abzuschließen, so dass die neuen Regeln vor den Europawahlen im Jahr 2024 in Kraft treten können.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0328\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0328_DE.html)

## Wirtschaft

### **Kommission; Verabschiedung Interreg-Programm für Nordwesteuropa**

Die Kommission gab am 14.09.2022 bekannt, dass sie das Interreg-Programm für Nordwesteuropa verabschiedet hat. DEU erhält danach von 2021-2027 zusammen mit sechs weiteren Ländern in Nordwesteuropa (BEL, FRA, IRL, LUX, NLD und der Schweiz) 310 Mio. EUR für Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Aus DEU nehmen Bremen, Niedersachsen (Weser-Ems, Leine-Weser), Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern an dem Programm teil. Sie werden in den nächsten Jahren gemeinsame Projekte mit Regionen aus den o.a. weiteren sechs Ländern umsetzen. Gefördert werden soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima und Umwelt, Energiewende, Kreislaufwirtschaft, inklusive Gesellschaft sowie Innovation und Resilienz.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/uber-300-millionen-euro-fur-die-grenzuberschreitende-zusammenarbeit-zwischen-deutschland-und-2022-09-13\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/uber-300-millionen-euro-fur-die-grenzuberschreitende-zusammenarbeit-zwischen-deutschland-und-2022-09-13_de)

### **Eurostat; Erzeugerpreise in der Industrie im Euroraum um 4,0% und in der EU um 3,7% gestiegen**

Nach Schätzungen von Eurostat vom 02.09.2022 stiegen im Juli 2022 die Erzeugerpreise in der Industrie gegenüber Juni 2022 im Euroraum um 4,0% und in der EU um 3,7%. Im Juni 2022 waren die Preise im Euroraum um 1,3% und in der EU um 1,5% gestiegen. Gegenüber Juli 2021 gab es einen Anstieg um 37,9% im Euroraum und um 37,8% in der EU gegenüber Juli 2021. In DEU kam es zu einem Anstieg von 5,6% im Vergleich zum Juni 2022 und von 38,1% im Vergleich zum Juli 2021.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698168/4-02092022-AP-DE.pdf/d7383344-99a5-8e7f-a469-5562e3cca8b2>

### **Eurostat; Absatzvolumen des Einzelhandels sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,3% gestiegen**

Nach Schätzungen von Eurostat vom 02.09.2022 stieg im Juli 2022 das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber Juni 2022 sowohl im Euroraum als auch in der EU um 0,3%. Im Juni 2022 war das Einzelhandelsvolumen sowohl im Euroraum als auch in der EU um 1,0% gesunken. In DEU gab es von Juni 2022 zu Juli 2022 einen Anstieg von 1,9% und von Juli 2021 zu Juli 2022 einen Rückgang um 2,7%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698165/4-05092022-AP-DE.pdf/f86ef9df-e4fc-78b7-9873-580eeebfd3eb>

### **Eurostat; BIP um 0,8% und Erwerbstätigkeit um 0,4% im Euroraum gestiegen**

Nach Schätzungen von Eurostat vom 07.09.2022 ist im Vergleich zum Vorquartal das BIP im zweiten Quartal 2022 im Euroraum um 0,8% und in der EU um 0,7% gestiegen. In DEU gab es einen Anstieg von 1,7%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698162/2-07092022-AP-DE.pdf/87b3953e-53a6-2bdd-a701-5774b71f02de>

### **Eurostat; Industrieproduktion um im Euroraum um 2,3% und in der EU um 1,6% gesunken.**

Nach Schätzungen von Eurostat vom 14.09.2022 sank im Juli 2022 die Industrieproduktion gegenüber Juni 2022 im Euroraum um 2,3% und in der EU um 1,6%. In DEU gab es einen Rückgang um 0,7% im Vergleich zum Juni 2022.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/14698159/4-14092022-AP-DE.pdf/c78e707a-3483-b5ef-edbf-7be7d9f32a26>

### **Kommission; Beihilfenanzeiger 2021 belegt Rekordunterstützung durch COVID-19-Beihilfen**

Am 08.09.2022 veröffentlichte die Kommission den Anzeiger für staatliche Beihilfen 2021, der die Beihilfen 2020 untersuchen soll. Danach gewährten die Mitgliedstaaten (MS) öffentliche Unterstützungen in Rekordhöhe. Die MS gewährten im Jahr 2020 insgesamt staatliche Beihilfen in Höhe von 384,33 Mrd. EUR. 227,97 Mrd. EUR davon unterstützen von der COVID-19-Pandemie schwer getroffenen Unternehmen. DEU gewährte Beihilfen in Höhe von 1,9% des BIP. Damit gehörte es – anteilig zum BIP – zu den MS mit den höchsten Ausgaben für COVID-19-Beihilfen.

[https://competition-policy.ec.europa.eu/system/files/2022-09/state\\_aid\\_scoreboard\\_note\\_2021.pdf](https://competition-policy.ec.europa.eu/system/files/2022-09/state_aid_scoreboard_note_2021.pdf)

### **Kommission; Genehmigung zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens von Daimler Truck, NextEra Energy und BlackRock**

Am 09.09.2022 hat die Kommission die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch die Daimler Truck AG (DEU), NextEra Energy Inc. (NextEra) und BlackRock Financial Management Inc. (BFM) (beide USA) nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Ziel des Gemeinschaftsunternehmens ist, eine öffentlich zugängliche Ladesäulen- und Depotinfrastruktur vor allem für schwere Elektrofahrzeuge zu entwickeln, bauen, finanzieren, besitzen und zu betreiben. Zudem wollen sie als Dienstleister für Elektromobilität in Kanada und in den USA tätig werden. Die Kommission genehmigte die Fusion, da aus ihrer Sicht die Übernahme wegen ihrer begrenzten Auswirkungen auf den Markt keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_10791](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10791)

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_22\\_5427](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_22_5427)

### **Kommission; Eröffnung des Hafens von Maio in Cabo Verde**

Am 07.09.2022 weihten die Regierung von Cabo Verde, die EU und die Afrikanische Entwicklungsbank mit mehreren Team-Europa-Mitgliedern – FRA, LUX, POL, ESP, der Europäische Investitionsbank (EIB) und der deutsche Förderbank KfW – den modernisierten Hafen der Insel Maio ein. Die Initiative „Global Gateway“ der EU zielt auf Förderung von Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern ab. Als Teil der Hafeninfrastruktur von Cabo Verde soll durch den neuen Hafen die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Inselgruppe gefördert werden. Die Hafeninfrastruktur ist integraler Bestandteil eines der strategischen Verkehrskorridore in Afrika, die die EU unterstützen will.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_5326](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5326)

### **Kommission; Partnerschaften mit Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Förderung nachhaltiger Entwicklung**

Die Kommission hat Partnerschaftsrahmenvereinbarungen mit fünf globalen Verbänden lokaler Gebietskörperschaften unterzeichnet: Association Internationale des Maires Francophones (AIMF), Commonwealth Local Government Forum (CLGF),

Platforma/Council of European Municipalities and Regions (CEMR), United Cities and Local Government (UCLG) sowie United Cities and Local Government of Africa (UCLGA). Die Vereinbarungen sollen die Rolle der lokalen Behörden und ihrer Verbände bei der Formulierung von Maßnahmen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf lokaler, regionaler und globaler Ebene stärken. Sie wird mit 50 Mio. EUR im Rahmen des Instruments „Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument /Europa in der Welt“ unterstützt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_5395](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5395)

### **EuGH; Google hat den Herstellern von Android-Mobilgeräten und Mobilfunknetzbetreibern rechtswidrige Beschränkungen auferlegt**

Am 14.09.2022 hat der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-411/20 verkündet. Darin hat er weitgehend den Beschluss der Kommission bestätigt, wonach Google den Herstellern von Android-Mobilgeräten und den Betreibern von Mobilfunknetzen rechtswidrige Beschränkungen auferlegt hat, um die marktbeherrschende Stellung seiner Suchmaschine weiter zu stärken. Um Schwere und Dauer der Zuwiderhandlung besser Rechnung zu tragen, hält der EuGH jedoch eine Geldbuße in Höhe von 4,125 Mrd. EUR für angemessen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-09/cp220147de.pdf>

### **EP; Annahme des Berichts über den achten Kohäsionsbericht der Kommission**

Am 15.09.2022 hat das EP mit 448 Ja-Stimmen bei 61 Nein-Stimmen und 75 Enthaltungen den Bericht von MdEP Constanze Krehl (S&D/DEU) angenommen. Der Bericht zum Kohäsionsbericht der Kommission vom 09.02.2022 fordert weitere Maßnahmen in der Kohäsionspolitik. Der Bericht unterstützt die Einschätzung, dass eine Unterstützung durch den neuen „Fonds für einen gerechten Übergang II“ erforderlich sei, um Regionen beim Übergang zur Klimaneutralität bis 2050 zu helfen. Abweichend vom Kohäsionsbericht der Kommission fordert der Bericht des EP, dass das Konzept der Übergangsregionen aufgegeben wird. Es solle nur zwischen stärker und weniger entwickelten Regionen unterschieden werden. Zudem müsse zwischen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel unterschieden werden. So könne besser dargelegt werden, welche Maßnahmen zum Ziel der Klimaneutralität bis 2050 beitragen. Außerdem solle verstärkt in ländlichen Gebieten investiert werden.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0210\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0210_DE.html)

### **Kommission; InvestEU unterstützt in DEU den frauengeführten Green Generation Fund für nachhaltige Start-ups**

Am 02.09.2022 hat die Kommission mitgeteilt, dass der Europäische Investitionsfonds (EIF) im Rahmen des InvestEU-Programms 25 Mio. EUR für den Green Generation Fund (GGF) bereitstellt. Die EIF-Fondsbeteiligung ist eine der ersten in DEU unter dem neuen InvestEU-Programm. Die GGF investiert als frauengeführtes Start-up ausschließlich in nachhaltige Start-ups der Bereiche „Food Tech“ und „Green Tech“. Durch Förderung aus anderen Quellen hat die GGF insgesamt 100 Mio. EUR eingeworben.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_5282](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5282)

### **Kommission; Unter Zwangsarbeit hergestellte Produkte sollen auf dem EU-Markt verboten werden**

Die Kommission hat am 14.09.2022 vorgeschlagen, Produkte, die unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden, auf dem EU-Markt zu verbieten. Davon umfasst sind alle Produkte, d. h. heimische, importiert und exportierte Produkte, ohne auf bestimmte Unternehmen oder Branchen abzielen. Die nationalen Behörden werden ermächtigt,

Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden, nach einer Untersuchung vom EU-Markt zu nehmen. Die EU-Zollbehörden werden Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden, an den EU-Grenzen identifizieren und stoppen. Damit will die EU gegen moderne Sklaverei vorgehen.

[https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2022-09/COM-2022-453\\_en.pdf](https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2022-09/COM-2022-453_en.pdf)

### **Kommission; Bilanz zu EU-Investitionsscreening und Ausfuhrkontrollen**

Am 01.09.2022 hat die Kommission erstens den zweiten Jahresbericht über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union und zweitens den Bericht über die Kontrolle der Ausfuhr, der Vermittlung, der technischen Unterstützung der Durchfuhr und der Verbringung betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck veröffentlicht. Die Berichte kommen zum Ergebnis, dass die Überprüfung ausländischer Investitionen und die Ausfuhrkontrollen eine entscheidende Rolle beim Schutz der Sicherheit und der öffentlichen Ordnung in Europa spielen. Im Jahr 2021 analysierte die Kommission mehr als 400 ausländische Direktinvestitionen in der EU. Im Rahmen der Ausfuhrkontrollregelungen der EU prüften die Mitgliedstaaten im Laufe des Jahres 2021 rund 40 000 Anträge auf Ausfuhr von Gütern mit potenzieller militärischer Verwendung in Drittländern im Wert von 38,4 Mrd. EUR. In etwas über 550 Fällen wurden die Ausfuhren blockiert.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2022\)433&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2022)433&lang=de)

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2022\)434&lang=de](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2022)434&lang=de)

## V e r k e h r

### **Kommission; Aufbau von Infrastrukturen für alternative Kraftstoffe wird mit 292 Mio. EUR verstärkt**

Die Kommission hat am 12.09.2022 24 Projekte ausgewählt, die EU-Fördermittel für den Aufbau von Infrastrukturen für alternative Kraftstoffe erhalten werden. Zusammen werden sie EU-Zuschüsse in Höhe von insgesamt rund 292 Mio. EUR aus der Fazilität für Infrastrukturen für alternative Kraftstoffe (AFIF) erhalten, um die entsprechende Infrastruktur entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) in 23 Mitgliedstaaten aufzubauen. Die Projekte reichen von der Installation von Elektrotankstellen über die Einrichtung von Wasserstofftankstellen für Pkw, Lkw und Busse bis hin zur Elektrifizierung der Bodenabfertigungsdienste auf Flughäfen.

[https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/transport-infrastructure-eur-2925-million-eu-funding-projects-contributing-greener-mobility-2022-09-12\\_en](https://cinea.ec.europa.eu/news-events/news/transport-infrastructure-eur-2925-million-eu-funding-projects-contributing-greener-mobility-2022-09-12_en)

### **Kommission; 5 Mrd. EUR für Infrastrukturprojekte zur Förderung von vernetztem und energieeffizientem Verkehr verfügbar**

Die Kommission hat am 13.09.2022 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Fazilität "Connecting Europe" (CEF) für das Verkehrsprogramm veröffentlicht. Mit dem Verkehrsprogramm werden über 5 Mrd. EUR für europäische Verkehrsinfrastrukturprojekte bereitgestellt. Damit sollen Projekte in allen Mitgliedstaaten entlang des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) unterstützt werden - dem Netz aus Schienen, Binnenwasserstraßen, Häfen und Straßen, das Europa miteinander verbindet.

[https://cinea.ec.europa.eu/funding-opportunities/calls-proposals/2022-cef-transport-call\\_en](https://cinea.ec.europa.eu/funding-opportunities/calls-proposals/2022-cef-transport-call_en)

### **Rat; Forderung an die Kommission zur Vorlage von Maßnahmen gegen hohe Energiepreise**

Die Energieministerinnen und -minister der EU einigten sich auf ihrer informellen Tagung am 09.09.2022 auf Optionen für kurzfristige Maßnahmen, um die Energiesituation zu verbessern. Die Mitgliedstaaten erwarten, dass die Kommission Vorschläge für folgende Bereiche vorlegt: Deckelung der Einnahmen von Stromerzeugern mit niedrigen Produktionskosten; Preisobergrenze für Gas; Maßnahmen für eine koordinierte Senkung der Stromnachfrage in der gesamten EU sowie Maßnahmen zur Abhilfe gegen die verringerte Liquidität. Die Energieministerinnen und -minister erklärten, dass Europa trotz der jüngsten Entwicklungen und insbesondere der Unterbrechung der russischen Gasflüsse über Nordstream I auf den kommenden Winter vorbereitet sei.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2022/09/09/>

### **Kommission; Neue Bürgerinitiative für erneuerbare Energien registriert**

Die Kommission hat am 07.09.2022 die Europäische Bürgerinitiative „Ausstattung aller europäischen Häuser mit einer Photovoltaikleistung von 1 kW und Windkraftanlagen mit 0,6 kW mit EU-Mitteln allein über die Gemeinden“ registriert. Die Initiative verlangt Maßnahmen zum Aufbau und zur Installation der erforderlichen Infrastruktur für die Versorgung von Haushalten (auch in den am stärksten abgelegenen Dörfern) mit grüner Energie, um ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu verringern. Zudem sollen Menschen über die Vorteile grüner Energie aufgeklärt und Gemeindebedienstete in Umweltfragen geschult werden.

[https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2022/000006\\_en](https://europa.eu/citizens-initiative/initiatives/details/2022/000006_en)

### **EP; Annahme des Berichts über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Energieeffizienz**

Am 14.09.2022 hat das EP mit 469 Ja-Stimmen bei 93 Nein-Stimmen und 82 Enthaltungen den Bericht von MdEP Niels Fuglsang (S&D/DNK) über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Energieeffizienz angenommen. Der Bericht schärft u.a. als Änderungsantrag den Vorschlag der Kommission zur Richtlinie zur Energieeffizienz vom 14.07.2021 nach. Gefordert wird eine Verringerung des Energieverbrauchs im Jahr 2030 von mindestens 40% beim Endenergieverbrauch und 42,5% beim Primärenergieverbrauch. Das sind nur noch 740 Mio. Tonnen Rohöleinheiten pro Jahr (t RÖE) statt der 787 Mio. t RÖE in 2030 von der Kommission vorgeschlagenen Menge. Zudem solle es verbindlichere Zielvorgaben geben.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0221\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0221_DE.html)

### **EP; Annahme des Berichts über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien**

Am 14.09.2022 hat das EP mit 418 Ja-Stimmen bei 109 Nein-Stimmen und 111 Enthaltungen den Bericht von MdEP Markus Pieper (EVP/DEU) angenommen. Der Bericht sieht Änderungen am Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen vom 14.07.2022 vor. Danach soll das Ausbauziel für erneuerbare Energie bis 2030 auf 45% angehoben werden. Zudem fordert das EP eine Technologieoffenheit der Richtlinie, um z.B. im Verkehr auch synthetische Kraftstoffe zu berücksichtigen. Der Bericht sieht Bürokratieabbau, Verkürzung von Genehmigungsverfahren sowie die Nutzung von Synergieeffekten auf dem Binnenmarkt vor. Außerdem sollen die Vorgaben der Kommission zur Förderung des Wasserstoffes erleichtert werden, um den Wasserstoffhochlauf zu beschleunigen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0208\\_DE.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2022-0208_DE.html)

## **Kommission; Vorschlag marktbezogener Notfallmaßnahmen zur Senkung der Energiekosten**

Am 14.09.2022 hat die Kommission Notfallmaßnahmen für den europäischen Energiemarkt vorgeschlagen. Damit solle den Preissteigerungen entgegengewirkt werden. Die Notfallmaßnahmen würden insbesondere Sondermaßnahmen zur Verringerung der Stromnachfrage sowohl in Spitzenzeiten als auch insgesamt vorsehen, um die Stromkosten für die Verbraucher zu senken. Außerdem wird vorgeschlagen, Überschusserlöse von Stromerzeugern aus preisgünstigen Energiequellen (erneuerbare Energien, Kernenergie und Braunkohle) an die Endkunden umzuverteilen. Zusätzlich soll es eine Solidaritätsabgabe für Überschussgewinne aus Tätigkeiten im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich geben. Wegen fehlender Einigung unter den Mitgliedstaaten, gibt es zunächst aber keinen Preisdeckel für Gasimporte.

[https://energy.ec.europa.eu/system/files/2022-09/COM\\_2022\\_473\\_1\\_EN\\_ACT\\_part1\\_v7.pdf](https://energy.ec.europa.eu/system/files/2022-09/COM_2022_473_1_EN_ACT_part1_v7.pdf)

## Digital

### **Kommission; Ukraine zum Förderprogramm Digitales Europa assoziiert**

Die Kommission hat am 05.09.2022 eine Vereinbarung über die Assoziierung der Ukraine mit dem EU-Programm „Digitales Europa“ unterzeichnet. Damit können ukrainische Unternehmen, Organisationen und öffentliche Verwaltungen an den Aufrufen des Programms teilnehmen, das für den Zeitraum 2021-2027 mit einem Gesamtbudget von 7,5 Mrd. EUR ausgestattet ist. Das Programm werde dazu beitragen, ukrainische Unternehmen, Forschende und Behörden beim Aufbau gemeinsamer digitaler Infrastrukturen näher an die EU heranzuführen, den digitalen Wandel zu fördern und durch den Krieg verursachte Störungen abzumildern, so der Binnenmarktkommissar Thierry Breton.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/solidarity-ukraine-digital-europe-programme-open-ukraine-access-calls-funding>

## Forschung

### **Kommission; Ausschreibung; Klimaforschung;**

Am 05.09.2022 hat die Kommission im Rahmen der Mission „Intelligente klimaneutrale Städte (Cities Mission)“ eine neue Pilotausschreibung veröffentlicht. Ein neues Programm für „Pilotstädte“ soll Städte bei der Erprobung von lokal zugeschnittenen Maßnahmen für den Übergang zum Klimaschutz unterstützen. Ausgewählte Städte erhalten Zuschüsse aus dem Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Die ausgewählten Städte erhalten diese Unterstützung in Höhe von 0,5 Mio. EUR, 1 Mio. EUR oder 1,5 Mio. EUR, um Forschungs-, Innovations- und Systemlösungen einzuführen und auszubauen. Die Cities Mission stellt in der laufenden Förderperiode im Rahmen von Horizont Europa insgesamt rund 32 Mio. EUR an Zuschüssen und praktischer Unterstützung für Städte bereit. Die Pilotaktivitäten der Städte sollen soziale, kulturelle, technologische, naturbasierte, regulatorische und finanzielle Innovationen sowie neue Ansätze für Unternehmen und die Verwaltung umfassen. Dadurch werden Städte zu Testgebieten für Klimaneutralität, die anderen Städten den Weg weisen, Maßnahmen zu ergreifen. Das kollektive Lernen soll ein zentraler Bestandteil des Pilotstädteprogramms sein.

<https://netzerocities.eu/call-for-pilot-cities/>

### **Kommission; Horizont Europa; Förderung Innovation**

Die Kommission hat am 06.09.2022 die Ergebnisse der letzten Auswahlrunde zur sog. „Proof-of-Concept“-Förderung (PoC) bekannt gegeben. Diese Förderung wird im Rahmen der Förderung des Europäischen Forschungsrats (ERC) vergeben. Der ERC ist Teil der ersten Säule des exzellenzorientierten Rahmenprogramms Horizont Europa. Bei der Förderlinie PoC handelt es sich um eine Folgeförderung für Projekte, die von der Kommission in der ersten Stufe bereits ausgewählt worden waren. Durch die PoC-Zusatzförderung sollen Forschungsergebnisse an den Markt geführt werden. Vergeben wurden EU-weit insgesamt 55 Förderungen, dotiert mit jeweils 150.000 EUR. Die 55 Projekte werden in 12 Mitgliedstaaten sowie in der Türkei und GBR durchgeführt.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-forschungsrat-vergibt-fordermittel-deutsche-forscherinnen-und-forscher-2022-09-06\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/europaischer-forschungsrat-vergibt-fordermittel-deutsche-forscherinnen-und-forscher-2022-09-06_de)

## Finanzdienstleistungen

### **EuGH; Bankenabwicklung**

Der EuGH hat mit Urteil vom 13.09.2022 in der Rechtssache C-45/21 (Banka Slovenije) die Grenzen der Haftung einer Zentralbank für Schäden von Inhabern von Finanzinstrumenten, die sie aufgrund von Sanierungsmaßnahmen gelöscht hat, präzisiert. Der EuGH kommt zu dem Schluss, dass das Unionsrecht nationalen Rechtsvorschriften entgegensteht, die vorsehen, dass eine dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) angehörende nationale Zentralbank für Schäden haftet, die durch die Löschung von Finanzinstrumenten aufgrund von Sanierungsmaßnahmen entstehen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-09/cp220146de.pdf>

### **Kommission; Aufforderung an die slowakische Versicherungsbehörde zur Einhaltung des Unionsrecht**

Die Kommission hat am 13.09.2022 auf Empfehlung der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) eine Stellungnahme erlassen, in der sie die slowakische Versicherungsaufsichtsbehörde (NBS) auffordert, die EU-Aufsichtsvorschrift für Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen (Solvabilität II) einzuhalten. EIOPA hatte bei den Ermittlungen festgestellt, dass die NBS versäumt hat, für die Behebung der Nichteinhaltung der Vorschriften erforderliche Abhilfemaßnahmen zu ergreifen. NBS kündigte daraufhin eine Aufsichtsstrategie an und leitete auch mehrere Aufsichtsmaßnahmen ein. Die Kommission stellte in diesem Zusammenhang jedoch fest, dass die NBS erst im Einklang mit der Solvabilität-II-Richtlinie ist, wenn konkrete Aufsichtsmaßnahmen ergriffen wurden. Um die Einhaltung des Unionsrechts zu gewährleisten, muss die NBS innerhalb von 10 Arbeitstagen der Kommission und der EIOPA mitteilen, welche Maßnahmen sie ergreifen möchte und innerhalb der nächsten vier Monate die endgültigen aufsichtlichen Maßnahmen einführen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_5496](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5496)

### **EuRH; Sonderbericht zur Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne**

Am 08.09.2022 hat der EuRH einen Sonderbericht zur Bewertung der Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten (MS) durch die Kommission vorgelegt. Danach ist das Bewertungsverfahren insgesamt angemessen. Risiken bestünden jedoch für die erfolgreiche Umsetzung der nationalen Aufbaupläne. Es gäbe unklare Etappenziele und Zielwerte. Bei sechs MS (DEU, GRI, ESP, FRA, KRO und ITL) untersuchten die Prüfer auch, ob die Kommission bei ihrer Bewertung sichergestellt hat, dass die mit der Aufbau- und Resilienzfähigkeit verknüpften Bedingungen eingehalten wurden. Alle untersuchten MS hätten einige Punkte der länderspezifischen Empfehlungen nicht berücksichtigt.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22\\_21/SR\\_NRRPs\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR22_21/SR_NRRPs_DE.pdf)

### **EZB; Anhebung der Leitzinsen um 0,75 Prozentpunkte**

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschloss am 08.09.2022, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Wirkung zum 14.09.2022 auf 1,25%, den für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 1,5% und jenen für die Einlagefazilität auf 0,75% zu erhöhen. Der EZB-Rat kündigte zudem an, dass bei den kommenden Sitzungen eine weitere Zinserhöhung zu erwarten sei. Der EZB-Rat werde seinen geldpolitischen Kurs regelmäßig neu bewerten und dabei aktuelle Daten sowie die Entwicklung der Inflationsaussichten berücksichtigen. Die Leitzinsbeschlüsse des EZB-Rats würden auch in Zukunft von der Datenlage abhängen und von Sitzung zu Sitzung festgelegt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220908~c1b6839378.de.html>

### **Rat; Treffen von EUR-Gruppe und ECOFIN**

Am 09.09.2022 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Donohoe in Prag. Auf der Tagesordnung standen die wirtschaftliche Lage und die Koordinierung der makroökonomischen Politiken in der Eurozone. Darüber hinaus ging es um die mögliche Einführung eines digitalen Euros. Am 09./10.09.2022 tagten die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) informell unter dem Vorsitz der CZR-Ratspräsidentschaft ebenfalls in Prag. Dabei ging es u. a. um wirtschaftliche und finanzielle Folgen des Kriegs in der Ukraine, den fiskalpolitischen Rahmen (Stabilitäts- und Wachstumspakt) sowie das Einstimmigkeitserfordernis in der europäischen Steuerpolitik.

<https://czech-presidency.consilium.europa.eu/en/news/?Types=2ab2230b-4d08-4c00-8b5c-11e946beaeb5>

### **Kommission; Beschaffung von weiteren 12 Mrd. EUR für NextGenerationEU**

Die Kommission hat am 13.09.2022 mitgeteilt, dass sie in zwei Tranchen weitere 12 Mrd. EUR für das NextGenerationEU-Programm (NGEU) aufgenommen habe. Es handele sich um eine 5-Jahres-Anleihe über 7 Mrd. EUR, die zum 04.10.2027 und eine 30-Jahres-Anleihe über 5 Mrd. EUR, die zum 04.10.2052 fällig werde. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage, blieb die Investorennachfrage mit insgesamt Geboten von 114 Mrd. EUR und damit einer 9-fachen Überzeichnung hoch.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_5499](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5499)

### **EuGH; Besteuerung von Gesellschaften in Gibraltar**

Der EuGH hat mit dem Urteil vom 15.09.2022 in der Rechtssache C-705/20 (Fossil Gibraltar Ltd / Commissioner of Income Tax) zur Besteuerung von Gesellschaften in

Gibraltar entschieden, dass die nationalen Behörden, die mit der Rückforderung einer als rechtswidrig eingestuften Beihilfe betraut sind, zur Verhinderung einer Doppelbesteuerung eine nationale Vorschrift anwenden können. Dem Beschluss 2019/700 der Kommission stehe nicht entgegen, dass die nationalen Behörden, die mit der Rückforderung einer rechtswidrigen und mit dem Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfe vom Empfänger betraut sind, eine nationale Regelung anwenden, die einen Mechanismus zur Anrechnung der von diesem Empfänger im Ausland entrichteten Steuern auf die von ihm in Gibraltar geschuldeten Steuern vorsieht, wenn diese Vorschrift zu dem Zeitpunkt, zu dem die fraglichen Transaktionen durchgeführt wurden, anwendbar gewesen sei.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-09/cp220148de.pdf>

### **EuGH; Vorsteuerabzug bei Grundstückserwerb**

Der EuGH hat mit dem Urteil vom 15.09.2022 in der Rechtssache C-227/21 (UAB „HA.EN“ / Valstybinė mokesčių inspekcija prie Lietuvos Respublikos finansų ministerijos) entschieden, dass Art. 168 Buchst. a der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Verbindung mit dem Grundsatz der steuerlichen Neutralität dahin auszulegen sei, dass er einer nationalen Praxis entgegenstehe, nach der dem Käufer im Rahmen des Verkaufs eines Grundstücks zwischen Steuerpflichtigen das Recht auf Vorsteuerabzug allein deshalb versagt werde, weil er wusste oder hätte wissen müssen, dass sich der Verkäufer in finanziellen Schwierigkeiten befunden habe oder gar zahlungsunfähig gewesen sei und dass dieser Umstand möglicherweise zur Folge habe, dass der Verkäufer die Mehrwertsteuer nicht an den Fiskus zahlen würde oder nicht würde zahlen können.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=265549&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=156>

### **EuGH; Mehrwertsteuerpflicht bei Online-Vermittlungsplattformen**

Der Generalanwalt Rantos beim EuGH sieht die Bestimmung der Durchführungsverordnung zur Mehrwertsteuerrichtlinie, nach der eine Online-Vermittlungsplattform grundsätzlich mehrwertsteuerpflichtig ist, als gültig an. Diese Bestimmung beachte die wesentlichen allgemeinen Ziele der Mehrwertsteuerrichtlinie, sei für ihre Durchführung erforderlich oder zweckmäßig und beschränke sich darauf, die Richtlinie zu präzisieren, ohne sie zu ergänzen oder zu ändern. Er schlägt daher in seinen am 15.09.2022 veröffentlichten Schlussanträgen in der Rechtssache C-695/21 (Fenix International Limited / Commissioners for Her Majesty's Revenue and Customs) vor, die Gültigkeit von Art. 9a der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 282/2011 des Rates vom 15.03.2011 zur Festlegung von Durchführungsvorschriften zur Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem, eingefügt durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1042/2013 des Rates vom 01.10.2013 zur Änderung der Durchführungsverordnung Nr. 282/2011, zu bestätigen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=265601&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=13693>

## Soziales

### **EP; Ausgeglichene Berücksichtigung aller Geschlechter in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Am 08.09.2022 hat der Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) seine Stellungnahme zur Implementierung der Gemeinsamen

Sicherheits- und Verteidigungspolitik (CSDP) in Hinblick auf die ausgeglichene Berücksichtigung aller Geschlechter vorgestellt. Vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine und der mangelnden Einbindung von Frauen in Verhandlungen über Frieden und Sicherheit hebt die Stellungnahme hervor, wie wichtig es sei, sicherzustellen, dass die CSDP alle Geschlechter gleichermaßen berücksichtige. Das Augenmerk liege dabei sowohl auf der Balance der Geschlechter des Personals bei zivilen und militärischen Einsätzen, vor allem auf Führungsebene, sowie die sexuelle und geschlechterspezifische Belästigung und sexuelle Ausnutzung bei allen Arten von CSDP-Einsätzen.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/implementation-of-the-common-security-an/product-details/20220905CAN66830>

### **EP; MdEPs fordern Geldmittel, um die „pandemischen Narben“ von Kindern und Jugendlichen zu heilen**

Am 12.09.2022 hat das EP mit 522 zu 12 Stimmen einen Beschluss angenommen, in dem die MdEP Investitionen in Aufklärung zu psychischer Gesundheit und Anlaufstellen für Leidende an Schulen fordern. 10% der Aufbau- und Resilienzfazilität sollten in Schulbildung und 2% in Kultur fließen. Die MdEP haben zudem dazu aufgerufen, ein Europäisches Jahr der „Psychischen Gesundheit“ auszurufen und das Thema in Schulcurricula zu integrieren. Diese und weitere Schritte, wie z.B. die Förderung von lokalen Kulturinitiativen, Sportvereinen und Jugendorganisationen und Künstlern, seien nötig, da sich Zustand der psychischen Gesundheit und des geistigen Wohlbefindens bei Jugendlichen während der Corona-Pandemie erheblich verschlechtert habe. Die Jugendlichen trügen eine „pandemische Narbe“ davon, was die Effekte der Pandemie auf die intellektuelle, physische, emotionale und psychische Gesundheit bezeichnet, die durch geschlossene Kultur-, Fürsorge-, Jugend- und Sporteinrichtungen ausgelöst worden seien. Vor der Pandemie hätten 10-20% der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Problemen zu kämpfen gehabt. Dieser Anteil habe sich in der Pandemie auf 20-25% erhöht. Zudem seien im Frühling 2021 64% der 18-34-Jährigen depressionsgefährdet gewesen. Selbstmord mache laut UNICEF die zweithäufigste Todesursache bei jungen Menschen aus.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20220909IPR40135/meps-ask-for-funding-to-heal-pandemic-scar-on-children-and-young-people>

### **EUAA; Ausbildung essentiell für humanitäres Schutzniveau**

Am 13.09.2022 hat die Asylbehörde der Europäischen Union (EUAA) Zahlen zu ihrer Ausbildungsmission im ersten Halbjahr 2022 veröffentlicht. Zehn Jahre Erfahrung beim Ausbilden von Helfern für Asyl und Auffang von Geflüchteten hätten es der EUAA ermöglicht, schnell auf die russische Invasion der Ukraine zu reagieren. Die Behörde habe sich als essentiell für die Implementierung der Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes erwiesen, indem sie es den Mitgliedstaaten ermöglicht habe, bis heute 4,2 Mio. Menschen in einem harmonisierten Verfahren zu schützen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 habe die EUAA mehr als tausend Beamtinnen und Beamte ausgebildet, um den schnellen Aufbau von Kapazitäten in Anbetracht der humanitären Konsequenzen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine voranzutreiben. Dies seien 33% mehr als im gesamten Jahr 2021. Zusätzlich habe sich die Anzahl der von der EUAA ausgebildeten Fachkräfte jedes Jahr verdoppelt. Die Ausbildungen dienten dem Zweck, Asyl- und Auffangkapazitäten zu erhöhen und so das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu stärken.

<https://euaa.europa.eu/news-events/euaa-training-has-been-critical-harmonising-protection-provided-millions>

### **ELA; Austausch zur Informationen für saisonale Arbeit in Europa**

Am 14.09. 2022 hat die Europäische Behörde zur Arbeitsaufsicht (ELA) für den Herbst 2022 Veranstaltungen zum Austausch von Erfahrungen und Best Practices angekündigt. Es solle der Austausch von nationalen Behörden, dem EURES-Netzwerk, Sozialpartnern und anderen relevanten Akteurinnen und Akteuren in Hinsicht auf die Informationsversorgung von saisonalen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gefördert werden. Themen seien u. a. mögliche Informationswerkzeuge im Kontext der Saisonarbeit sowie unterschiedliche Lösungsansätze für die saisonalen Sektoren und die Stärkung des Bewusstseins der Beteiligten zu ihren Rechten und Pflichten nach Beginn des Arbeitsverhältnisses.

<https://www.ela.europa.eu/en/news/ela-promotes-exchange-experiences-information-provision-seasonal-work-europe>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **ECDC; Lokale Stärkung vor Ort für bessere Gesundheitssysteme**

Am 07.09.2022 hat der Welttag der Feldepidemiologie stattgefunden. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat zu diesem Anlass auf die Notwendigkeit der Stärkung der öffentlichen Gesundheitssysteme auf der ganzen Welt hingewiesen, um Ausbrüche effizient zu erkennen und darauf zu reagieren. Konkret fordert das ECDC Investitionen in Ausbildung und Forschung. Außerdem müsse das Personal in der Feldepidemiologie gestärkt werden, um stärkere und widerstandsfähigere Gesundheitssysteme zu schaffen, die auf schwere gesundheitliche Notfälle, Krankheitsausbrüche und Pandemien vorbereitet sind.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/empowering-field-epidemiologists-stronger-health-systems-world-field-epidemiology-day>

### **Kommission; HERA sichert zusätzliche Impfstoffdosen zur Bekämpfung des Affenpockenausbruchs**

Am 08.09.2022 hat die EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) 170.920 Dosen des Impfstoffs der dritten Generation von Bavarian Nordic im Zuge der gemeinsamen Beschaffung gesichert. Damit reagiert sie auf den anhaltenden Ausbruch der Affenpocken und deckt den Sofortbedarf. Die Zahl der von der EU für die Mitgliedstaaten (MS) direkt angekauften Dosen steigt damit auf insgesamt 334.540. Diese zusätzlichen Dosen stünden noch vor Jahresende zur Auslieferung bereit. Die Impfstoffe werden den MS sowie Norwegen und Island zur Verfügung gestellt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_5362](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5362)

### **EU4health; Gemeinsame Erklärung über die Gewährung von Betriebskostenzuschüssen für NGOs im Gesundheitswesen**

Am 08.09.2022 hat die zivilgesellschaftliche Allianz EU4Health mitgeteilt, dass 14 ihrer Mitglieder die Kommission in einer gemeinsamen Erklärung dazu aufgefordert haben, Betriebskostenzuschüsse für NGOs im Gesundheitswesen in das Arbeitsprogramm EU4Health 2023 aufzunehmen. Betriebskostenzuschüsse seien der einzige Finanzierungsmechanismus, der es NGOs des Gesundheitswesens ermögliche, eine unabhängige, konstruktive und sinnvolle Rolle in der EU-Politikgestaltung zu spielen. Bisher gibt es keine klare Zusage, diese wichtige Finanzierungsquelle im Rahmen des EU4health-Arbeitsprogrammes über das Jahr 2022 hinaus weiterzuführen. In der gemeinsamen Erklärung wird daher einerseits die Fortführung der

Betriebskostenzuschüsse als Finanzierungsmechanismus gefordert. Darüber hinaus wird die Aufnahme einer drei- bis vierjährigen Rahmenvereinbarung für Betriebskostenzuschüsse in das EU4Health-Arbeitsprogramm 2023 gefordert.

<https://eu4health.eu/joint-statement-on-the-provision-of-operating-grants-to-health-ngos/>

### **Kommission; Angepasster Corona-Impfstoff zugelassen**

Am 13.09.2022 hat die Kommission die Zulassung des weiterentwickelten Impfstoffs für die Omikronvarianten BA.4 und BA.5 und das ursprüngliche SARS-CoV-2 bekanntgegeben. Sie ist damit der Empfehlung der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) gefolgt, die am 12.09.2022 die Empfehlung zur Zulassung ausgesprochen hatte. Der Ausschuss für Arzneimittel zur Anwendung am Menschen (CHMP) der EMA hat die Zulassung des bivalenten Impfstoffes empfohlen. Er hat damit auf den Änderungsantrag des Impfstoffherstellers Pfizer/Biontech geantwortet, die Marktzulassung für den Impfstoff gegen die ursprüngliche Variante, Comirnaty, auf den neuen Impfstoff, Comirnaty Original/Omicron BA.4-5, auszuweiten. Der Impfstoff sei für die Impfung von Menschen ab 12 Jahren geeignet, die bereits eine Impfung erhalten haben. Die Zulassungsempfehlung basiere insbesondere auf den klinischen Daten für den Impfstoff Comirnaty Original/Omicron BA.1, da dieser die mRNA zur Bekämpfung anderer, eng verwandter Omikron-Varianten enthalte und aus denselben Inhaltsstoffen besteht. Zudem basiere die Empfehlung auf Daten zur Beschaffenheitsqualität und zur Herstellung sowie Daten zur Immunogenität, d.h. zur Fähigkeit, eine Immunreaktion auszulösen, und Studien darüber, ob der Impfstoff eine adäquate Immunreaktion gegen die Varianten auslöst, gegen die er wirken soll. Auf Grundlage dieser Daten ist der CHMP zu dem Schluss gekommen, dass von Comirnaty Original/Omicron BA.4-5 ein effektiverer Schutz gegen die Varianten BA.4 und 5 sei als Comirnaty, der Impfstoff gegen die ursprüngliche Variante. Der neue Impfstoff befindet sich gerade in klinischen Studien, deren Ergebnisse während der Studienlaufzeit vom CHMP beobachtet werden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/adapted-vaccine-targeting-ba4-ba5-omicron-variants-original-sars-cov-2-recommended-approval>

### **Kommission; 47,7 Mrd. EUR Hilfe für Partnerländer zur Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen**

Am 13.09.2022 hat die Kommission in einer Pressemitteilung bekannt gegeben, dass die EU, die Mitgliedstaaten und die europäischen Finanzinstitutionen als „Team Europa“ seit dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie Anfang des Jahres 2020 bis zum 31.12.2021 47,7 Mrd. EUR zur Unterstützung von Partnerländern bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen ausgezahlt hätte. Dieser Betrag übersteigt das im Frühjahr 2020 ursprünglich zugesagte Unterstützungspaket von Team Europa in Höhe von 20 Mrd. EUR. Die Partnerländer könnten sich auch weiterhin auf Team Europa als soliden und verlässlichen Partner in komplexen globalen Krisen verlassen, so Jutta Urpilainen, Kommissarin für internationale Partnerschaften. Den größten Teil der Mittel, 34,1 Mrd. EUR, zahlte Team Europa für die Abfederung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie aus. Weitere 10,6 Mrd. EUR standen für den Ausbau der Gesundheitsdienste und der Wasser- und Sanitätsversorgung und 3 Mrd. EUR für Soforthilfe für dringenden humanitären Bedarf zur Verfügung. Insgesamt stellt Team Europa für Staaten in der Nachbarschaft 15,6 Mrd. EUR bereit. Für Subsahara-Afrika sind es 9,0 Mrd. EUR und für den Westbalkan und die Türkei 7,6 Mrd. EUR. Der Raum Afrika, die Karibik und der pazifischen Raum werden regional mit 743 Mio. EUR gefördert. Zuletzt werden überseeische Gebiete und Grönland mit 631 Mio. EUR und globale Programme mit 9,7 Mrd. EUR unterstützt. Davon wurden bis Ende des Jahres 2021 zwischen ca. 72,5% und 93% ausgezahlt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_5431](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5431)

### **Kommission; Erklärung über die Verhinderung einer Endemisierung der Affenpocken in Europa**

Am 13.09.2022 haben die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, und der Regionaldirektor für Europa der Weltgesundheitsorganisation WHO, Dr. Hans Henri P. Kluge, eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie erneut bekräftigen, dass die Affenpocken in Europa nicht endemisch werden dürften. Um dies zu verhindern, müsse man zunächst an der Bekämpfung des Ausbruchs und dann an der nachhaltigen Verhinderung von Ansteckungen arbeiten. Dafür sei es essentiell, die Kooperation zwischen Institutionen, Regierungen, Gesundheitsbehörden und der betroffenen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Seit Anfang Mai 2022 habe die europäische Region der WHO mehr als 23.000 Fälle von Affenpocken verzeichnet, darunter über 18.000 Fälle in der EU und dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWS). In den letzten Wochen seien die Fallzahlen jedoch zurückgegangen, was auch auf das Handeln der nationalen und regionalen Gesundheitseinrichtungen und -behörden zurückgeführt wird.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_22\\_5498](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_22_5498)

### **ECDC; Affenpocken-Update vom 13. September 2022**

Am 14.09.2022 hat das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sein epidemiologisches Update für Ausbreitung der Affenpocken vom 13.09.2022 veröffentlicht. Bis zu diesem Tag habe das ECDC 19.379 bestätigte Affenpocken-Fälle aus 29 EU/EWS-Staaten registriert. Hinzu kämen insgesamt 47 Fälle aus dem Westbalkan und der Türkei. Die Länder mit den meisten registrierten Fällen seien ESP (6.947), FRA (3.784), DEU (3.547), die NDL (1.192) und ITL (813). In Spanien seien zwei Todesfälle registriert worden, in BE ein Todesfall. Die Sieben-Tage-Inzidenz sei für die Woche vom 22.-28. August 2022 in LUX, ESP und AUT am höchsten gewesen. Daten aus den vergangenen drei Wochen seien wegen möglicher Unvollständigkeit nicht berücksichtigt worden. Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung des Ausbruchs seien frühe Diagnose, Isolation, effektive Kontaktnachverfolgung und gezielte Impfungen.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/monkeypox-situation-update>

### **Kommission; Konsultation zum besseren Schutz für Reisende**

Die Kommission hat am 14.09.2022 eine öffentliche Konsultation zum besseren Schutz für Reisende eröffnet. Die Kommission möchte den Rechtsrahmen für die Rechte von Reisenden überprüfen, um dessen Widerstandsfähigkeit auch bei längeren Verkehrsstörungen zu gewährleisten sowie Optionen für multimodale Tickets aufzunehmen. Sie wird die verfügbaren Möglichkeiten bewerten und gegebenenfalls ein angemessenes finanzielles Absicherungssystem vorschlagen, um Reisende vor dem Risiko einer Liquiditätskrise oder einer Insolvenz des Unternehmens zu schützen. Hierfür können bis zum 07.12.2022 Stellungnahmen eingerichtet werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13290-Reisen-besserer-Schutz-fur-Reisende-und-ihre-Rechte\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13290-Reisen-besserer-Schutz-fur-Reisende-und-ihre-Rechte_de)

U m w e l t

### **Kommission; Konsultation zur Meldung nicht recycelter Kunststoffabfälle**

Am 06.09.2022 eröffnete die Kommission eine Konsultation zu einer Durchführungsverordnung zur Festlegung des Formats zur Übermittlung statistischer

Daten. Dies ist erforderlich, um die auf der Menge der nicht recycelten Kunststoffabfälle basierenden nationalen Beiträge zu berechnen. Nationale Beiträge, die auf nicht recycelten Verpackungsabfällen aus Kunststoff in jedem Mitgliedstaat basieren, wurden im EU-Haushalt 2021-2027 als neue Einnahmequelle (Eigenmittel) eingeführt.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13432-EU-Haushalt-Eigenmittel-Format-zur-Meldung-nicht-recycelter-Verpackungsabfalle-aus-Kunststoff\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13432-EU-Haushalt-Eigenmittel-Format-zur-Meldung-nicht-recycelter-Verpackungsabfalle-aus-Kunststoff_de)

### **Kommission; Umsetzung von EU-Umweltrecht in den Mitgliedstaaten**

Die Kommission hat am 08.09.2022 ihre dritte Überprüfung der Umsetzung der Umweltpolitik (Environmental Implementation Review, EIR) vorgelegt. Dies ist ein Berichtsinstrument, um die Durchsetzung des Umweltrechts zu verbessern und zur Sensibilisierung für die Bedeutung der Umsetzung von Umweltvorschriften beizutragen. Ziel ist es, die Lücke zwischen dem, was auf EU-Ebene beschlossen wird, und dem, was vor Ort umgesetzt wird, zu schließen, um ein gleichmäßig gutes Schutzniveau für alle Bürgerinnen und Bürger sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen im Binnenmarkt zu gewährleisten und faire Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung zu eröffnen. Im Bericht wird u.a. festgestellt, dass der Verlust der Biodiversität in der EU weiter fortschreite, die Erreichung eines guten Zustands der Wasserkörper nur langsam vorangehe und es große Unterschiede in der Ressourcenproduktivitätsquote zwischen den Mitgliedstaaten gäbe. Auch von Luftverschmutzung gehe weiterhin eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit aus. Beim Klimaschutz sei man dagegen gut vorangekommen. DEU kann generell eine gute Bilanz bei der Umsetzung des EU-Umweltrechts vorweisen. Herausforderungen bestehen allerdings u.a. beim Zustand der Oberflächengewässer, beim Biodiversitätsschutz sowie bei Umweltsteuern. Bei der Luftqualität seien in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht worden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_5367](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5367)

### **EuGH; Urteil zu Nachzucht gefährdeter Tierarten**

Am 08.09.2022 urteilte der EuGH, dass bei als gefährdet eingestuften Tierarten, Nachkommen von Tieren, die in einer Weise erworben wurden, die dem Überleben der Art in der Natur abträglich war, nicht als in Gefangenschaft geboren oder gezüchtet zu bezeichnen sind, selbst wenn diese Vorfahren nie im Eigentum des betroffenen Zuchtbetriebs waren. Zuvor hatte ein tschechischer Züchter der Papageienart Hyazinth-Ara geklagt, da er keine Ausnahme vom Handelsverbot für seine Papageien erhielt, dessen Großeltern 1993 unter mit den Artenschutzregeln unvereinbaren Umständen in die CZR eingeführt wurden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-09/cp220143de.pdf>

### **Kommission; Konsultation zu Grundverordnung für Europäische Chemikalienagentur**

Am 12.09.2022 begann die Kommission Sondierungen für eine Grundverordnung für die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) und bittet um Rückmeldungen bis zum 10.10.2022. Die Initiative zielt darauf ab, die Governance der ECHA zu stärken und an deren künftige Rolle anzupassen sowie die Arbeitsmethoden der ECHA-Gremien zu straffen sowie deren Finanzierung nachhaltiger zu gestalten.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13554-Europaische-Chemikalienagentur-Vorschlag-fur-eine-Grundverordnung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13554-Europaische-Chemikalienagentur-Vorschlag-fur-eine-Grundverordnung_de)

### **EP; Plenarabstimmung zu entwaldungsfreien Lieferketten**

Am 13.09.2022 hat das Plenum des EP seinen Standpunkt zur Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten angenommen. Das neue Gesetz soll Unternehmen eine Sorgfaltspflicht auferlegen. Sie sollen sicherstellen, dass in der EU verkaufte Waren nicht auf abgeholzten oder degradierten Flächen hergestellt wurden. So soll ein Beitrag zum Klima- und Biodiversitätsschutz geleistet werden. Die MdEP fordern außerdem, dass Unternehmen nachweisen sollen, dass Waren im Einklang mit internationalen Menschenrechtsbestimmungen hergestellt und die Rechte der indigenen Völker dabei respektiert werden. Die MdEP fordern zudem, dass neben Rindern, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja und Holz und Produkten, die diese Rohstoffe enthalten, auch Schweinefleisch, Schafe und Ziegen, Geflügel, Mais und Kautschuk sowie Holzkohle sowie bedruckte Papierprodukte einbezogen werden sollen. Der Umweltrat hatte seine Position bereits vor dem Sommer 2022 festgelegt. Verhandlungen zwischen den Institutionen können nun aufgenommen werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220909IPR40140/klimawandel-neue-regeln-sollen-entwaldung-durch-eu-konsum-weltweit-verringern>

### **EP; Plenarabstimmung zur EU-Waldstrategie**

Am 13.09.2022 hat das Plenum des EP den Bericht von Abgeordnete Ulrike Müller (RN/DEU) zur EU-Waldstrategie verabschiedet. Die MdEP begrüßen darin die neue EU-Waldstrategie und ihren Anspruch, den ausgewogenen Beitrag multifunktionaler Wälder zu den Zielen des Grünen Deals sowie der Biodiversitätsstrategie der EU für 2030 zu erhöhen. Gleichzeitig wird bei der Umsetzung der Strategie eine enge Zusammenarbeit und der Austausch bewährter Verfahren mit nationalen und regionalen Experten, Interessenträgern, insbesondere Waldbesitzern und -bewirtschaftern, Wissenschaftlern, Zertifizierungssystemen und der Zivilgesellschaft sowie die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips gefordert. Es wird betont, dass Holzprodukte so effizient und nachhaltig wie möglich genutzt werden sollten, Nachhaltigkeitsgrenzen, die die Entnahme der Holzmenge beschränken, eingehalten und eine gute Richtschnur für die effiziente Nutzung seien. Im Hinblick auf die harmonisierte Datenerhebung wird die Bedeutung genauer, integrierter, qualitativer, zeitnaher, vergleichbarer sowie aktueller Daten über die Wälder Europas weiter wachsen.

[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0310\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0310_DE.pdf)

### **Kommission; Sperrung geschützter Gebiete für Grundfanggeräte**

Am 15.09.2022 hat die Kommission im Einklang mit dem Ziel, die Natur zu schützen und die biologische Vielfalt wiederherzustellen, wie es in der EU-Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt festgelegt ist, 87 empfindliche Gebiete in den EU-Gewässern des Nordostatlantiks für alle Grundfanggeräte gesperrt. Das Gesamtgebiet der Sperrungen umfasst 16 419 km<sup>2</sup>, die für den Schutz empfindlicher mariner Ökosysteme unterhalb von 400 Metern reserviert sind. Dies entspricht 1,16% der EU-Gewässer des Nordostatlantiks. Die Sperrungen betreffen Schiffe mit Grundfanggeräten, d. h. Grundschleppnetze, Dredgen, Stellnetze, Grundlangleinen, Reusen und Fallen.

[https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/news/fisheries-end-bottom-fishing-protected-deep-sea-ecosystems-eu-waters-2022-09-15\\_en](https://oceans-and-fisheries.ec.europa.eu/news/fisheries-end-bottom-fishing-protected-deep-sea-ecosystems-eu-waters-2022-09-15_en)

### **Kommission; EU-Vorschriften für die Verwendung von recyceltem Kunststoff in Lebensmittelverpackungen**

Die Kommission hat am 15.09.2022 neue Vorschriften über die Sicherheit von Materialien und Gegenständen aus recyceltem Kunststoff, die mit Lebensmitteln in

Berührung kommen, erlassen. Mit dieser Verordnung werden Regeln festgelegt, die sicherstellen sollen, dass recycelter Kunststoff in der EU sicher für Lebensmittelverpackungen verwendet werden kann. Das soll dazu beitragen, die Abhängigkeit von Primärrohstoffen und das Abfallaufkommen im Lebensmittelsektor zu verringern. Die neuen Vorschriften sollen es Lebensmittelherstellern ermöglichen, mehr recycelte Kunststoffe in Lebensmittelverpackungen zu verwenden, indem sie die Zulassung von Recyclingverfahren zur Herstellung sicherer recycelter Kunststoffe zur Verwendung in Lebensmittelverpackungen ermöglichen. Außerdem sollen sie der Recyclingindustrie helfen, geeignete Wege für das Recycling von Kunststoffen zu finden, die derzeit nicht zu Lebensmittelverpackungen recycelt werden können.  
[https://food.ec.europa.eu/safety/chemical-safety/food-contact-materials/plastic-recycling\\_en](https://food.ec.europa.eu/safety/chemical-safety/food-contact-materials/plastic-recycling_en)

## L a n d w i r t s c h a f t

### **Kommission; Gemeinsame Agrarpolitik - Konsultation zu Bedingungen für Marktinterventionen**

Am 05.09.2022 stellte die Kommission einen Entwurf für eine delegierte Verordnung zur Aktualisierung der Bedingungen für Marktinterventionen in den nationalen Strategieplänen der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zur Konsultation. Mit dieser Initiative sollen Vorschriften präzisiert und berichtigt werden. Dabei geht es um Interventionen der Mitgliedstaaten auf den Märkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die genehmigt werden müssen. Rückmeldungen sind bis zum 03.10.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13386-Gemeinsame-Agrarpolitik-Aktualisierung-der-Bedingungen-fur-Marktinterventionen-in-den-Strategieplanen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13386-Gemeinsame-Agrarpolitik-Aktualisierung-der-Bedingungen-fur-Marktinterventionen-in-den-Strategieplanen_de)

### **Kommission; Gemeinsame Agrarpolitik - Konsultation zur Bewilligung von Vorschusszahlungen**

Am 05.09.2022 stellte die Kommission den Entwurf eines delegierten Rechtsakts zur Bewilligung von Vorschusszahlungen für sektorbezogene Interventionen im Rahmen von Strategieplänen zur Konsultation. Ziel der Initiative sei es, im Rahmen von GAP-Strategieplänen Vorschusszahlungen für sektorbezogene Interventionen in allen Agrarsektoren zu ermöglichen. Damit solle die ordnungsgemäße Verwendung von Vorschusszahlungen aus EU-Mitteln gewährleistet werden. Rückmeldungen sind bis zum 03.10.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13340-Gemeinsame-Agrarpolitik-Bewilligung-von-Vorschusszahlungen-fur-sektorbezogene-Interventionen-im-Rahmen-von-Strategieplanen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13340-Gemeinsame-Agrarpolitik-Bewilligung-von-Vorschusszahlungen-fur-sektorbezogene-Interventionen-im-Rahmen-von-Strategieplanen_de)

### **Kommission; Agrar- und Lebensmittelhandelsbericht**

Am 06.09.2022 legte die Kommission einen Bericht zu Entwicklungen auf den Agrarmärkten im Mai 2022 vor. Der EU-Agrar- und Lebensmittelhandel erreichte laut Bericht im Mai 2022 einen Gesamtwert von 34,9 Mrd. EUR, was einem Anstieg von 1% gegenüber dem Vormonat und von 32% gegenüber dem Vorjahresmonat entspricht. Dies sei vor allem auf den anhaltenden Preisanstieg bei Rohstoffen zurückzuführen. Die Ausfuhren wurden mit 19,4 Mrd. EUR bewertet. Dies entspricht einem Zuwachs von 8% gegenüber dem Vormonat und von 21% gegenüber Mai 2021, wobei die Ausfuhren von Weizen und Mais zunahmen, die Ausfuhren von anderem Getreide jedoch zurückgingen. Die Einfuhren erreichten einen Wert von 15,6 Mrd.

EUR, was einem Anstieg von 15 % gegenüber April und 48 % gegenüber Mai letzten Jahres entspricht. Dies sei vor allem auf den starken Anstieg der Maiseinfuhren und die höheren Preise für Kaffee und Nüsse zurückzuführen.

[https://agriculture.ec.europa.eu/news/eu-agri-food-trade-continues-adapt-global-commodity-price-surge-2022-09-06\\_en](https://agriculture.ec.europa.eu/news/eu-agri-food-trade-continues-adapt-global-commodity-price-surge-2022-09-06_en)

### **Kommission; Neue Europäische Bürgerinitiative zum Schutz des ländlichen Erbes und Ernährungssicherheit**

Am 07.09.2022 registrierte die Kommission eine neue Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Protect the EU's Rural Heritage, Food Security and Supply“ (Schutz des ländlichen Erbes der EU, der Ernährungssicherheit und Versorgung). Die Organisatoren der Initiative fordern ein erneuertes Engagement der EU für die Förderung des regionalen Erbes, des nachhaltigen Wachstums im ländlichen Raum und der Anhebung des Lebensstandards in ländlichen Gebieten, um die Langlebigkeit der lebensmittelproduzierenden Gemeinschaften in der EU sicherzustellen. Sie fordern die Förderung von ländlichen Beschäftigungspraktiken und Tätigkeiten, die im Mittelpunkt von ländlichen Gemeinden stehen, und die Achtung der traditionellen handwerklichen Gewerbe sowie die Anerkennung der Bedeutung der Ernährungssicherheit sowie der Versorgung mit landwirtschaftlichen Rohstoffen. Die Organisatoren fordern ferner, die Förderung des ländlichen Erbes und die Anerkennung der Ernährungssicherheit und Lebensmittelversorgung in den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums aufzunehmen. Nun verfügen die Organisatoren über eine Frist von sechs Monaten, um mit der Sammlung von Unterschriften zu beginnen. Wenn eine europäische Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Mio. Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erhält, muss die Kommission reagieren.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_22\\_5352](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_22_5352)

### **Kommission; Tierarzneimittel - Konsultation zur Einhaltung der guten Laborpraxis**

Am 07.09.2022 stellte die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Konsultation. Mit dieser wird die Tierarzneimittelverordnung geändert, um sie an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt anzupassen. So müssten bestimmte Verweise auf Anforderungen an Anforderungen an präklinische Studien geändert werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Einhaltung der guten Laborpraxis nicht für Wirksamkeitsstudien, sondern nur für Unbedenklichkeitsstudien erforderlich ist. Einige Bestimmungen sollten entsprechend angepasst werden, damit sichergestellt ist, dass die Bestimmungen über die Einhaltung der Guten Laborpraxis korrekt angewendet werden. Rückmeldungen sind bis zum 05.10.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13562-Tierarzneimittel-Aenderung-der-Vorschriften-betreffend-die-Einhaltung-der-Grundsätze-der-guten-Laborpraxis\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13562-Tierarzneimittel-Aenderung-der-Vorschriften-betreffend-die-Einhaltung-der-Grundsätze-der-guten-Laborpraxis_de)

J u s t i z

### **EuGH; Verfahrensunterbrechung aufgrund COVID-19-Pandemie galt auch für Einspruch gegen Europäischen Zahlungsbefehl**

Der EuGH hat am 15.09.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-18/21 verkündet. Darin stellt er fest, dass der Anwendung einer nationalen Regelung in AUT, die anlässlich des Ausbruchs der Covid-19-Pandemie erlassen wurde und durch die die

Verfahrensfristen in Zivilsachen für etwa fünf Wochen unterbrochen wurden, auch für die Einspruchsfrist gegen einen Europäischen Zahlungsbefehl gilt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=265546&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=180605>

I n n e r e s

### **Kommission; Bosnien und Herzegowina tritt EU-Katastrophenschutzverfahren bei**

Die Kommission hat am 06.09.2022 mitgeteilt, dass Bosnien und Herzegowina dem EU-Katastrophenschutzverfahren vollständig beigetreten ist. Als Vollmitglied kann das Land nunmehr auch aktiv Hilfe über das Verfahren entsenden. In der Vergangenheit hatte Bosnien und Herzegowina bereits mehrfach Hilfe im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens empfangen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_22\\_5343](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_5343)

### **EUAA; Unterstützung für BUL bei Umsetzung der Richtlinie über vorübergehenden Schutz**

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 06.09.2022 bekanntgegeben, dass sie künftig BUL als 12ten Mitgliedstaat bei der Umsetzung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz unterstützen wird. Konkret gehe es darum, die Kapazitäten und Fähigkeiten der bulgarischen Verwaltung zu stärken und das nationale Personal entsprechend zu schulen. Bis dato hätten sich 130.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine für den temporären Schutz in BUL registrieren lassen. Die Zahl der Asylanträge habe sich verdreifacht, so die EUAA.

<https://euaa.europa.eu/news-events/euaa-deploys-bulgaria-over-530000-ukrainians-enter-country>

### **EP; Rat; Einigung auf Fahrplan für Asyl- und Migrationspaket**

Am 07.09.2022 haben sich das EP und Vertreter von fünf Mitgliedstaaten, die nacheinander die EU-Ratspräsidentschaft innehaben, auf einen Fahrplan verständigt, der eine Verhandlung und Verabschiedung des Migrations- und Asylpakets noch in dieser Legislaturperiode ermöglichen soll. Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (EVP/MTL) und weitere Vertreter des EP vereinbarten nun mit den Ständigen Vertretern aus FRA, CZE, SWE, ESP und BEL u.a. eine enge Kooperation im Rahmen regelmäßiger Treffen und einen Zeitplan. Damit sollen die Verhandlungen zwischen EP und Rat spätestens Ende dieses Jahres beginnen und im Februar 2024, rechtzeitig vor den Europawahlen, abgeschlossen werden. Durch das Paket sollen verbesserte und schnellere Verfahren im gesamten Asyl- und Migrationsbereich sowie ein berechenbares und zuverlässiges Migrationsmanagementsystem erreicht werden.

<https://www.europarl.europa.eu/resources/library/media/20220907RES39903/20220907RES39903.pdf>

### **EuGH; Mit EU-Bürger verwandter Drittstaatsangehöriger kann Anspruch auf dauerhaften Aufenthaltstitel haben**

Der EuGH hat am 07.09.2022 sein Urteil in der Rechtssache C-624/20 verkündet. Demnach kann ein Drittstaatsangehöriger als Familienmitglied eines EU-Bürgers unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf einen dauerhaften Aufenthaltstitel haben. Im Verfahren des vorliegenden Bezirksgerichts Den Haag (NDL) hatte eine ghanaische Frau gegen die Nichtgewährung eines langfristigen Aufenthaltsrechts durch die niederländischen Behörden geklagt. Sie hatte sich auf Grundlage eines von ihrem

minderjährigen niederländischen Sohn gem. Artikel 20 AEUV (Unionsbürgerschaft) abgeleiteten Aufenthaltsrechts rechtmäßig fünf Jahre in den NDL aufgehalten. Entgegen der Rechtsmeinung des befassten Generalanwalts entschied der EuGH, dass in solchen Fällen kein „ausschließlich vorübergehender“ Aufenthalt gemäß der einschlägigen Richtlinie betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen vorliegt. Daraus folge, dass bei Erfüllung weiterer Voraussetzungen, wie etwa fester Einkünfte, dem Bestehen einer Krankenversicherung sowie dem Erfüllen von möglichen Integrationsanforderungen, ein unionsrechtlicher Anspruch auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht bestehe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=265002&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=143742>

### **Rat; Aussetzung von Visaerleichterungsabkommen mit Russland beschlossen**

Der Rat hat am 09.09.2022 beschlossen, das Visaerleichterungsabkommen zwischen Russland und der EU vollständig auszusetzen. Folge der Aussetzung ist u.a., dass die Antragsgebühr von 35 EUR auf 80 EUR steigt, mehr Dokumente vorgelegt werden müssen, die Bearbeitungszeiten länger werden und die Ausstellung von Mehrfachvisa restriktiver gehandhabt wird.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CONSIL:ST\\_12039\\_2022\\_INIT&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CONSIL:ST_12039_2022_INIT&from=DE)

### **Kommission; Leitlinien für restriktives Vorgehen bei Visavergabe an russische Staatsangehörige**

Die Kommission hat am 09.09.2022 Leitlinien zur Visavergabe an russische Staatsangehörige veröffentlicht. Danach sollen die Mitgliedstaaten (MS) zu einem strengeren Vorgehen angehalten werden. So sollen die Botschaften und Konsulate eine strikte Bewertung der Sicherheitsrisiken vornehmen, die mit der Einreise von russischen Staatsangehörigen verbunden sind. Um eine solche Prüfung gewährleisten zu können, sehen die Leitlinien ein längeres und gründlicheres Antragstellungsverfahren vor. Konkret können die MS nicht unbedingt notwendige Reisen weniger dringlich behandeln, die Entscheidungsfrist verlängern sowie zusätzliche Belege von den russischen Antragstellerinnen und -stellern anfordern. Darüber hinaus sehen die Leitlinien vor, dass die MS von der Erteilung von Visa, die zur mehrfachen Einreise berechtigen, absehen sollen. Indes legt die Kommission Wert darauf, dass insbesondere bei Familienangehörigen von EU-Bürgern, Journalisten, Dissidenten und Vertretern der Zivilgesellschaft, Ausnahmen von dieser Praxis gemacht werden sollen. Für diese Personengruppen sollen Erleichterungen bei der Visavergabe weiterhin möglich sein.

[https://home-affairs.ec.europa.eu/communication-providing-guidelines-visa-issuance-relation-russian-applicants\\_de](https://home-affairs.ec.europa.eu/communication-providing-guidelines-visa-issuance-relation-russian-applicants_de)

### **Frontex; Illegale Migration weiterhin auf Rekordniveau**

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 09.09.2022 ihre monatlichen Zahlen zur illegalen Migration vorgelegt. Nach vorläufigen Berechnungen sind demnach in den ersten acht Monaten dieses Jahres 188.200 illegale Grenzübertritte registriert worden – der höchste Wert für diesen Zeitraum seit 2016. Am stärksten betroffen seien nach wie vor die Westbalkanroute (15.900 illegale Grenzübertritte, meist von Migranten, die sich schon länger in den Westbalkan-Staaten aufhielten) sowie die Route über das zentrale Mittelmeer. Rückläufig sei hingegen die Zahl der illegalen Einreisen über das westliche Mittelmeer und die östlichen EU-Außengrenzen.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/eu-external-borders-in-august-highest-number-of-arrivals-since-2016-cNniKc>

### **EUAA; Über 4,6 Mio. Menschen suchen Schutz in Europa**

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 09.09.2022 bekanntgegeben, dass sich in den EU+-Staaten (Mitgliedstaaten + Island, Schweiz, Norwegen und Liechtenstein) Mio. an Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine für den vorübergehenden Schutz hätten registrieren lassen. Auch die Zahl der Asylanträge sei in den letzten Monaten stark angestiegen. So seien allein in der ersten Jahreshälfte 2022 rd. 406.000 Asylanträge gestellt worden. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sei dies ein Plus von 68%. Im Juni dieses Jahres sei mit rd. 73.100 der zweithöchste Monatswert seit der sog. Flüchtlingskrise (2015-2016) erreicht worden. Aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine befänden sich u.a. die Asylantragsstellungen von georgischen Staatsangehörigen auf einem Höchststand. Die EUAA teilte auch mit, dass die EU+-Anerkennungsquote (44% im Juni 2022) auf einem gleichbleibend hohen Niveau bleibt. Bei syrischen und ukrainischen Staatsangehörigen sei sie mit 96% am höchsten. Gemeinsam mit dem temporären Schutzstatus von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine – der Rat hatte im Zuge der russischen Invasion die sog. Richtlinie über den vorübergehenden Schutz aktiviert – sei ein 2022 ein historischer Höchststand an Schutzsuchenden erreicht worden. Bis zum 04.09.2022 hätten allein 4,2 Mio. Kriegsflüchtlinge den vorübergehenden Schutz beantragt.

<https://euaa.europa.eu/news-events/over-46-million-people-seek-safety-europe-mid-2022>

### **EUAA; JI-Agenturen aktualisieren Maßnahmenpapier zur Pandemiebekämpfung**

Die EU-Asylagentur (EUAA) hat am 12.09.2022 eine Pressemitteilung veröffentlicht, wonach die EU-Agenturen im Justiz- und Innenbereich (JI-Agenturen) ihr Papier mit Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie aktualisiert hätten. In dem Papier führen die JI-Agenturen (CEPOL, EIGE, EMCDDA, EUAA, eu-LISA, Eurojust, Europol und Frontex) u.a. Maßnahmen in den Bereichen Grundrechtsschutz, Außengrenzmanagement sowie Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität auf.

[https://euaa.europa.eu/sites/default/files/2022-09/JHAAN\\_Joint\\_paper\\_COVID-19.pdf](https://euaa.europa.eu/sites/default/files/2022-09/JHAAN_Joint_paper_COVID-19.pdf)

### **Frontex; Unterstützung für Moldau wird ausgebaut**

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 12.09.2022 bekanntgegeben, dass sie die Unterstützung für die Republik Moldau ausbauen will. Man habe bereits weitere 20 Beamte nach Moldau entsandt, um die lokalen Behörden bei der Grenzüberwachung zu unterstützen. Die Gruppe setzt sich aus Frontex-Mitarbeitern und aus Experten der Mitgliedstaaten zusammen. Im März dieses Jahres hatten die EU und die Republik Moldau ein entsprechendes Statusabkommen unterzeichnet. Die daraus resultierende Zusammenarbeit soll dem kleinen Land dabei helfen die großen Flüchtlingsströme aus der Ukraine zu bewältigen. Insgesamt seien derzeit 70 Beamte im Rahmen des Frontex-Einsatzes in Moldawien.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/frontex-strengthens-support-to-moldova-43sSie>

### **Kommission; Vorschlag für Cyberresilienzgesetz veröffentlicht**

Die Kommission hat am 14.09.2022 den Vorschlag für ein Cyberresilienzgesetz veröffentlicht. Die geplante Verordnung sieht vor, dass künftig verbindliche Cybersicherheitsanforderungen für Produkte mit digitalen Elementen gelten sollen. Unter den Anwendungsbereich sollen demnach alle Produkte, die direkt oder indirekt mit einem anderen Gerät oder einem Netz verbunden sind, fallen. Zum einen sollen Hersteller verpflichtet werden, Unterstützung und Softwareaktualisierungen

bereitzustellen, um festgestellte Schwachstellen zu beheben. Zum anderen sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher ausreichend über die Cybersicherheit der Produkte informiert werden.

[https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-will-cybersicherheit-von-vernetzten-geraten-erhoehen-2022-09-15\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-will-cybersicherheit-von-vernetzten-geraten-erhoehen-2022-09-15_de)

### **Kommission; Ständige Reserve von Frontex soll überprüft werden**

Die Kommission führt derzeit eine Sondierung zur Vorbereitung ihrer Bewertung der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) durch. Bewertet werden sollen insbesondere die Aufgabenerfüllung und Leistungen von Frontex seit der Ausweitung ihres Mandats im Jahr 2019. Mit der Verordnung 2019/1896 wurde Frontex vor allem die Schaffung einer ständigen Reserve von 10.000 Personen aufgetragen sowie größere finanzielle Mittel zugewiesen. Daneben wurden u.a. Kontrollmechanismen gestärkt, die Zusammenarbeit mit Drittländern erleichtert und die Befugnisse bei Rückführungsverfahren erweitert. Stellungnahmen sind bis zum 03.10.2022 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13557-Europaische-Grenz-und-Kustenwache-Frontex-Uberprufung-der-standigen-Reserve-und-Bewertung-der-Verordnung\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13557-Europaische-Grenz-und-Kustenwache-Frontex-Uberprufung-der-standigen-Reserve-und-Bewertung-der-Verordnung_de)

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Kultur; Schutz des Kulturerbes vor Klimawandelauswirkungen**

Am 07.09.2022 hat die Kommission einen Bericht einer Expertengruppe veröffentlicht, der sich damit befasst, wie das kulturelle Erbe vor dem Klimawandel geschützt werden könne. Die Expertengruppe kommt darin zu dem Schluss, dass der Klimawandel direkt und indirekt sämtliche Formen des Kulturerbes bedrohe, u.a. durch starke Niederschläge, lange Hitzewellen, Dürren, starke Winde sowie den Anstieg des Meeresspiegels. All diese Phänomene würden in Zukunft voraussichtlich zunehmen. In dem Bericht werden zehn Empfehlungen vorgelegt; archäologische Stätten und das bauliche Erbe sind ebenso wie Landschaften betroffen. Die Expertengruppe empfiehlt, Aspekte der Kultur und des kulturellen Erbes auf allen Ebenen in die Gestaltung der Klimapolitik zu integrieren. Eine regelmäßig aktualisierte europäische Karte zur Bewertung der Risiken für das Kulturerbe solle Informationen über das gefährdete Erbe liefern. Darüber hinaus müssten weitere Forschungsarbeiten durchgeführt werden, um Bedrohungen und ihre potenziellen Auswirkungen sowie die damit verbundenen Kosten zu ermitteln und besser zu verstehen

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_5353](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_5353)

### **Kommission; Start für Jugendbeteiligungskohorte**

Am 15.09.2022 hat die Kommission eine Jugendbeteiligungskohorte zur weltweiten Förderung der Demokratie ins Leben gerufen. Anlässlich des Jahrs der Jugend und des Tags der Demokratie soll somit das Engagement und das Mitwirken junger Menschen auf allen Ebenen der Politikgestaltung gefördert werden. Hauptziele sind die Förderung des politischen und bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler und globaler Ebene sowie von Vielfalt und Inklusion. Die EU fördert Menschenrechte und Demokratie weltweit, u.a. durch ihr mit 1,5 Mrd. EUR ausgestattetes Programm „Menschenrechte und Demokratie in der Welt“ 2021–2027.

[https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/youth\\_en](https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/youth_en)

### **Kommission; Internationaler Tag zum Schutz der Bildung vor Angriffen**

Anlässlich des Internationalen Tags zum Schutz der Bildung vor Angriffen am 09.09.2022 hat Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement die Wichtigkeit des Anliegens hervorgehoben und das Engagement der EU dargestellt. So seien 2020 und 2021 bei Angriffen auf die Bildung in bewaffneten Konflikten mehr als 9000 Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte verletzt oder getötet worden. Besonders besorgniserregend sei die Lage in der Ukraine: Seit Beginn der russischen Aggression im Februar 2022 seien mehr als 286 Bildungseinrichtungen vollständig zerstört und 2300 beschädigt worden. Laut dem aktualisierten Hilfsappell der Vereinten Nationen vom August 2022 sind 5 Mio. Kinder und Lehrkräfte in der Ukraine vom Krieg in hohem Maße betroffen. Die Zahlen stiegen zudem in Burkina Faso, Kolumbien, Äthiopien, Mali, Myanmar und Nigeria an. Die EU stehe bei der Mobilisierung von Hilfsmitteln international an der Spitze. 10 % der für humanitäre Hilfe vorgesehenen Haushaltsmittel würden für die Förderung des Zugangs zu Bildung und der Bildungsqualität sowie für den Schutz der Bildung zur Verfügung gestellt. Allein im Jahr 2021 investierte die EU somit 146 Mio. EUR in den Zugang zu sicherer und hochwertiger Bildung für mehr als 2,3 Mio. Kinder.

[https://ec.europa.eu/echo/what/humanitarian-aid/education-emergencies\\_en](https://ec.europa.eu/echo/what/humanitarian-aid/education-emergencies_en)

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Europäischer Newsroom gestartet**

Die Kommission hat am 06.09.2022 bekannt gegeben, dass das Kooperationsprojekt „European Newsroom“ gestartet sei. Es solle eine professionelle, unabhängige und gesamteuropäische Berichterstattung über EU-Angelegenheiten erbringen. Unter Koordination der Deutschen Presse-Agentur vereint das Projekt 18 Nachrichtenagenturen aus ganz Europa in Brüssel, die seit Juli 2022 gemeinsam Nachrichten über europäische Themen erstellen und diese in ihren Nachrichtenkanälen verbreiten. Der Newsroom soll v.a. dazu beitragen, Desinformation und Propaganda durch Qualitätsjournalismus zu bekämpfen. Er veranstaltet auch Schulungen für Journalistinnen und Journalisten. Die ukrainische Presseagentur Ukrinform nimmt ebenfalls an der Kooperation teil; sie muss keine Gebühren für den Zugang zu den Diensten des European Newsrooms zahlen. Die Kommission unterstützt das Projekt mit 1,76 Mio. EUR und deckt damit die Betriebskosten bis Ende 2023.

<https://europeannewsroom.com/de/>

### **Kommission; Europäisches Medienfreiheitsgesetz vorgeschlagen**

Die Kommission hat am 16.09.2022 den Vorschlag für ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz (EU Media Freedom Act) vorgelegt. Es handelt sich um eine Verordnung, die u.a. Maßnahmen gegen politische Einmischung in redaktionelle Entscheidungen und gegen Überwachung der Medien enthält. Weitere Regelungsgegenstände sind die Unabhängigkeit und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Medien, die Transparenz des Medieneigentums und die Zuteilung von staatlicher Werbung. Der Rechtsakt sieht auch Maßnahmen zum Schutz der Unabhängigkeit von Redakteuren, zur Offenlegung von Interessenkonflikten und zu Aspekten der Medienkonzentration vor. Schließlich soll mit der Verordnung ein neuer unabhängiger Europäischer Rat für Mediendienste geschaffen werden, der sich aus den nationalen Medienbehörden zusammensetzt. Neben der Verordnung hat die Kommission eine ergänzende Empfehlung zur Förderung freiwilliger Schutzmaßnahmen für die redaktionelle Unabhängigkeit verabschiedet.

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Hessischer Raumfahrtkoordinator erstmals zu Gesprächen in Brüssel.**

Am 07.09.2022 im Vorfeld der Abendveranstaltung „Hessen in Space“ führte der Hessische Raumfahrtkoordinator Prof. Dr.-Ing. Johann-Dietrich Wörner eine Reihe von Gesprächen in Brüssel. In der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum traf er u.a. mit der amtierenden Direktorin Paraskevi Papantoniou zusammen. Er stellte die hessische Raumfahrtstrategie vor und den Raumfahrtstandort Hessen. Dabei betonte er auch die Bedeutung des Europäischen Raumflugkontrollzentrums ESOC und der europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) sowie der Cesah GmbH - Centrum für Satellitennavigation Hessen. Er informierte sich über Unterstützungsmöglichkeiten von Seiten der EU für kleine und mittlere Unternehmen sowie über geplante Initiativen der Kommission im Bereich der Raumfahrt. Angesprochen wurde dabei z.B. auch die künftige Rolle der Kommission im Bereich „new space“. Im Anschluss führte Wörner im EP ein Gespräch mit MdEP Niklas Nienass (Grüne/DEU), Mitglied in der „Intergroup Sky and Space des EP“. Er betonte die Rolle der Regionen in der Raumfahrt und stellte auch dort die hessische Raumfahrtstrategie vor. Er verwies zudem auf das Netzwerk NEREUS, in dem Hessen seit Gründung aktiv mitwirkt. Nienass berichtete über seine Gespräche in den USA und plädierte insbesondere für eine europäische Rechtssetzung für Weltraumbelange. Im Gespräch mit MdEP Marian-Jean Marinescu (EVP/ROU), Vorsitzender der „Intergroup Sky and Space“, ging es vor allem um die Aktivitäten der Intergroup. Das Interesse an der hessischen Raumfahrtstrategie war auch hier groß. Der Abgeordnete zeigte großes Interesse daran, die regionalen Raumfahrtstrategien näher kennen zu lernen. Auch sei eine Vorstellung in der Intergroup denkbar. Im Gespräch mit MdEP Christophe Grudler (RN/FRA) stand die hessische Raumfahrtstrategie ebenfalls im Mittelpunkt und es wurde ausführlich über das Thema „Befähigungen“ mit Blick auf den Fachkräftemangel und den großen Bedarf der Raumfahrtwirtschaft an hochqualifizierten Arbeitsgesprächen gesprochen.

### **Veranstaltung „Hessen in Space“**

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, fand am 07.09.2022 in der Hessische Landesvertretung die Veranstaltung „Hessen in Space – Perspektiven der europäischen Raumfahrt für die Regionen in der EU“ statt. Die Veranstaltung fand mit Unterstützung des Netzwerks NEREUS („Network of European Regions using Space Technologies“) statt. Uwe Becker, Hessischer Staatssekretär für Europaangelegenheiten, betonte, dass Hessen u.a. mit dem Europäischen Raumfahrtkontrollzentrum ESOC und der Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) zu den bedeutendsten europäischen Raumfahrtstandorten gehöre. Ziel sei, den Raumfahrtstandort Hessen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Im anschließenden Eingangsstatement wies Paraskevi Papantoniou, amtierende Direktorin der Generaldirektion für Verteidigungsindustrie und Raumfahrt der Kommission, auf den Paradigmenwechsel in der Raumfahrt hin. Er werde insbesondere in der Privatisierung und zunehmenden Kommerzialisierung der Raumfahrt deutlich. Hier versuche die EU bei den Hauptprojekten GALILEO und COPERNICUS private Firmen mit einzubinden. Zudem sei es wichtig, die lokalen Raumfahrtakteure in Europa zusammenzuführen. Papantoniou betonte zudem die Bedeutung der Raumfahrt für die Sicherheit und die

Unabhängigkeit der EU. Prof. Dr. -Ing. Johann-Dietrich Wörner, Hessischer Raumfahrtkoordinator, führte die Bedeutung der Raumfahrt als zentraler Infrastruktur aus, die Serviceleistungen wie Navigation, Telekommunikation, Erdbeobachtung zum Einsatz z.B. im Katastrophenschutz oder in der Präzisionslandwirtschaft anbiete. Zur Erläuterung der Hessischen Raumfahrtstrategie nannte Wörner als wesentliche Ziele der hessischen Raumfahrtpolitik, (1) mehr Raumfahrtprojekte und –Akteure in Hessen anzusiedeln, (2) mehr raumfahrtbezogene Arbeitsplätze zu schaffen, (3) die Leistungsfähigkeit des Sektors in Hessen insgesamt zu steigern, (4) Hessen als Raumfahrtstandort stärker zu positionieren sowie (5) die Nutzung der Raumfahrt durch die öffentliche Hand voranzubringen. Bereits jetzt gäbe es sehr viele Raumfahrtakteure in Hessen im Space und im Non-Space-Bereich. Dabei sei Hessen vor allem bei den Anwendungen stark (sog. „Downstreamsektor“). Nun müsse es zu einer Vernetzung, Information und Förderung dieser Akteure kommen. Der öffentlichen Hand komme dabei die wichtige Rolle zu, Raumfahrtangebote (z.B. Auswertung von Satellitenfotos) zu nutzen, zudem die Rolle eines Investors für Raumfahrtprojekte, eines Vermittlers zwischen den verschiedenen Projekten und Akteuren, sowie schließlich eines Regulators im Bereich Raumfahrt. Im nachfolgenden Panel unterstrich Thierry Cotelle, Präsident von NEREUS, dass die Regionen sowohl Nutzer als auch politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsträger in der Raumfahrt seien. Er verwies auf verschiedene weitere Regionen in der EU, die bereits eigene Raumfahrtstrategien entwickelt hätten, und regte einen stärkeren Austausch zwischen diesen NEREUS-Partnern an. MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) forderte eine verstärkte Anstrengung Europas in der Raumfahrt. Der autonome Zugang zur Raumfahrt sei essenziell, um den Sicherheitsinteressen der EU gerecht werden zu können. Hier sei die hessische Raumfahrtstrategie eng mit der europäischen Raumfahrt verknüpft, was der Abgeordnete ausdrücklich begrüßte. Die Moderation erfolgte durch Linda van Duivenbode von der dotSpace foundation in Noordwijk (NDL).

### **Wirtschaftsdelegation**

Am 07./08.09.2022 fand der diesjährige EXTRA-TIP Wirtschaftsgipfel unter Leitung des ehemaligen Chefredakteurs des EXTRA-TIP, Rainer Hahne, in Brüssel statt. Während des zweitägigen Aufenthalts traf die Delegation u.a. mit dem hessischen MdEP Dr. Udo Bullmann (S&D/DEU) zusammen und tauschte sich mit Vizepräsidentin Nicola Beer (RN/DEU) und Michael Gahler (EVP/DEU) über wirtschaftspolitische Themen aus. Es wurde dabei intensiv über die Auswirkungen des Ukraine Kriegs auf die Wirtschaft diskutiert, aber auch über den europäischen Green Deal und dabei speziell über die Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen, wie auch den energieintensiven Sektoren. Bei dem Gespräch mit dem Abteilungsleiter Wirtschaft der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, Norbert Schultes, ging es um aktuelle wirtschaftliche Herausforderungen für Unternehmen. Es wurde insbesondere die Belastung der Unternehmen durch zunehmenden bürokratischen Aufwand, gestiegene Energiepreise sowie bei der Planungssicherheit thematisiert. Zudem standen eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern der Kommission u.a. zur Regionalpolitik 2021-2027, zur Förderung aus „InvestEU“, aber auch die aktuellen EU-Energiepolitik und EU-Digitalpolitik auf der Tagesordnung. Bei der Digitalpolitik ging es in erster Linie um Stadtentwicklung im digitalen Zeitalter („smart Cities“). Zudem standen dieses Jahr wieder die EU-Finanzdienstleistungen auf dem Programm und es wurde intensiv über den digitalen Euro und deren möglichen Auswirkungen diskutiert. Auch die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik war ein Thema. Dazu referierte Flottillenadmiral Andreas Beckmann, Leiter des Arbeitsbereich Militärpolitik in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Am Abend des 07.09.2022 nahm die Delegation an der Veranstaltung „Hessen in Space“ – Perspektiven der europäischen Raumfahrt für die

Regionen in der EU“ mit dem Hessischen Raumfahrtkoordinator Prof. Dr. –Ing. Johann-Dietrich Wörner teil.

### **Kopf-an-Kopf-Rennen in SWE - eine rechte Regierung möglich?**

SWE hat am 11.09.2022 ein neues Parlament gewählt. „Es gibt noch keine eindeutigen Mehrheiten für eine neue Regierungsbildung in SWE“, sagte der schwedische Brüssel-Korrespondent Bengt Ljung von der Direkt News Agency anlässlich der Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa nach den Wahlen“ am 12.09.2022 in der Hessischen Landesvertretung. Bengt Ljung präsentierte die ersten Wahlergebnisse. Die Sozialdemokraten (S) mit ihrer derzeitigen Premierministerin Magdalena Andersson haben 2% an Stimmen gewonnen und bleiben mit ca. 30,5% weiterhin stärkste Kraft. Gewinner sind jedoch die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (SD) mit 20,7%. Sie werden aller Voraussicht nach erstmals den Vorsitzenden Ulf Kristersson von den konservativen Moderaten (M) von Platz zwei verdrängen. Ljung führte dazu aus, dass die Schwedendemokraten mit den Themen „Einwanderung niedrig halten“ und „Bandenkriminalität reduzieren“ bei den Wählern punkten konnten. Sie hätten sich besonders mit Kritikpunkten zur Migrationspolitik und der für sie daraus resultierenden steigenden Bandenkriminalität in SWE befasst. Von den kleineren Parteien des konservativen/rechten Lagers kommen die Christdemokraten (KD) auf 5,4% und die Liberalen (L) auf 4,6%. Die Zentrum Partei (C) mit 6,7%, die linke Partei (V) mit 6,6% sowie die Grünen mit 5% verstärken das linksgerichtete Lager um die Sozialdemokraten. Damit werden wieder acht Parteien in den Reichstag einziehen. SWE werde voraussichtlich ein längerer, schwieriger und von Spannungen geprägter Regierungsbildungsprozess bevorstehen. Allerdings geht der EU-Journalist davon aus, dass es im Vergleich zur Regierungsbildung 2018 weniger als 134 Tage dauern würde, bis eine neue Regierung stünde. SWE wird zudem die Ratspräsidentschaft vom 01.01.-30.06.2023 innehaben. Am 14.09.2022 stand nach Auszählung fast aller Wählerstimmen fest, dass das konservativ-rechte Lager die Parlamentswahl in SWE mit knapper Mehrheit gewonnen hat.

### **Gespräche Europaministerin Puttrich im EP in Straßburg**

Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich führte am 13.09.2022 eine Reihe von Gesprächen im EP in Straßburg. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) Markus Ferber (EVP/DEU) standen die Beratungen im EP zum Antigeldwäschepaket sowie die Bewerbung Frankfurts um den Sitz der neuen Antigeldwäscheagentur (AMLA). Ministerin Puttrich warb für Frankfurt und betonte die Rolle des EP, die dem EP auf Grund des EuGH-Urteils bei der Sitzplatzfrage für Agenturen zuerkannt worden war. Das Thema sprach Ministerin Puttrich auch gegenüber MdEP Lena Düpont (EVP/DEU), stellv. Koordinatorin der EVP-Fraktion im LIBE-Ausschuss an. Darüber hinaus erörterte sie mit MdEP Düpont Fragen zur Chatkontrolle im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Kinderpornografie und den aktuellen Sachstand in der EU-Migrationspolitik. Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche von Ministerin Puttrich waren die Auswirkungen des Ukrainekriegs. Hierzu traf sie den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) MdEP David McAllister (EVP/DEU) sowie den ehemaligen estnischen Verteidigungsminister MdEP Riho Terras (EVP/EST). Weiteres Thema mit MdEP McAllister war die Beziehungen der EU27 zu GBR. Im Vorfeld der Rede von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der Union am 14.09.2022 erörterte Ministerin Puttrich mit dem Vorsitzende CDU/CSU-Gruppe im EP MdEP Daniel Caspary (EVP/DEU) die Erwartungen an die Rede sowie die Prioritäten des EP in der zweiten Hälfte der Legislatur. Fragen der EU-Agrarpolitik und zum

Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur nachhaltigen Verwendung zum Pflanzenschutzmitteln waren u.a. Themen des Gesprächs mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) MdEP Norbert Lins (EVP/DEU). Dabei wies Ministerin Puttrich auf die problematischen Auswirkungen des Verordnungsvorschlags für Landwirte und Winzer hin. Diese Frage war auch ein Schwerpunkt des Zusammentreffens der Ministerin mit den hessischen MdEP, Vizepräsidentin MdEP Nicola Beer (RN/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU), MdEP Michael Gahler (EVP/DEU), Martin Häusling (Grüne/DEU) und MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU). Darüber hinaus standen aktuelle Fragen aus hessischer Sicht im Vordergrund des Zusammentreffens u.a. die Bewerbung Frankfurts als AMLA-Sitz.

### **Gespräche von Europastaatssekretär Becker in Brüssel**

Der Hessische Staatssekretär für Europaangelegenheiten Uwe Becker führte am 13./14.09.2022 eine Reihe von Gesprächen in Brüssel. Mit dem stellvertretenden Botschafter der Mission der Ukraine bei der EU Serhiy Tereshko wurden die Auswirkungen des Ukrainekriegs sowie die Situation in der Ukraine erörtert. Der Ukrainekrieg und die Prioritäten der CZR Ratspräsidentschaft standen im Mittelpunkt des Gesprächs mit Christian Baukhage, Antici der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU. Schwerpunkte des Gesprächs mit Dr. Sebastian Thomasius, Referatsleiter Finanzdienstleistungen der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, waren die Bewerbung Frankfurts als Standort für die neue Antigeldwäscheagentur (AMLA) sowie allgemeine Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik. Staatssekretär Becker traf ferner eine Delegation aus Frankfurt unter Leitung von Stadträtin Eileen O'Sullivan (Dezernentin für Digitalisierung, Bürger:innenservice, Teilhabe EU-Angelegenheiten) zu einem Gedankenaustausch insbesondere zum Fortgang der Konferenz zur Zukunft Europas sowie generell Fragen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am EU-Prozess.

### **Gespräche von Stadträtin Eileen O'Sullivan**

Stadträtin Eileen O'Sullivan, Dezernentin für Digitalisierung, Bürger:innenservice, Teilhabe und EU-Angelegenheiten hatte im Rahmen einer Delegationsreise der Stadt Frankfurt am Main am 13./14.9.2022 in Begleitung ihres Büroleiters Anup Mundethu und ihrer stellvertretenden Büroleiterin Tina Köhler in Brüssel Gespräche geführt. Auf dem Programm standen Gespräche mit Europastaatssekretär Uwe Becker zu aktuellen Themen der EU-Politik, insbesondere zur „Konferenz zur Zukunft Europas“. Mit Benjamin Hartmann, verantwortlich für Global Gateway in IDEA, der Denkfabrik der Präsidentin der Kommission, tauschte sich die Delegation über Möglichkeiten zur Reform der EU sowie zur „Konferenz zur Zukunft Europas“ aus. Im Gespräch mit Richard Kühnel, Direktor in der Generaldirektion Kommunikation, Kommission, ging es vornehmlich um die weiteren Schritte zum Follow-Up-Prozess der „Konferenz zur Zukunft Europas“ sowie künftige Beteiligungsformate der Kommission zur Bürgerbeteiligung. Abschließend besuchte die Delegation das EP.

### **„Neue Horizonte für die Gesundheitsforschung“ - Abendveranstaltung**

Am 14.09.2022 fand auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich eine gemeinsam mit den Rhein-Main-Universitäten (RMU) ausgerichtete Veranstaltung zur aktuellen Gesundheitsforschung auf EU-Ebene statt. Uwe Becker, Staatssekretär für Europaangelegenheiten, betonte, dass die RMU für wissenschaftliche Stärke und Zusammenarbeit sowie für die Entwicklung gemeinsamer Schwerpunkte stünden. Die RMU bestehen aus der Goethe-Universität Frankfurt am Main (GU), der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz (JGU) und der TU Darmstadt (TU D). Prof. Dr. Constantin Rothkopf (TU Darmstadt) betonte, dass Stärken der RMU in der medizinischen Forschung, in

molekularen Lebenswissenschaften, aber auch in Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz liegen. Die Diskussion wurde von Dr. Lucia Schulten, Redakteurin der dpa, moderiert. Prof. Dr. Volkhard Kempf (GU), betonte anschaulich, dass sich künftig große Herausforderungen und Risiken mit Blick auf multiresistente Erreger stellen werden. Antibiotika verlören immer mehr ihre Wirkung und seien künftig auch schwerer herzustellen. Zugleich böten Anti-Virulenz-Strategien neue Möglichkeiten zum Gegensteuern beim Aufkommen neuer Infektionskrankheiten. Prof. Dr. Kempf plädierte für eine stärkere Koordinierung auf EU-Ebene, wie auch Katja Neubauer, Senior Expertin aus der Generaldirektion Forschung der Kommission. Neubauer plädierte dafür, die neuen Partnerschaften in Horizont Europa diesbezüglich zu nutzen und verwies auf von der Kommission bereits erreichte Schritte in der Pandemieprävention sowie die Gründung der neuen Agentur HERA. Auch müsse mit Blick auf neue Infektionskrankheiten künftig ein schneller Datenaustausch zwischen Wissenschaft und Politik ermöglicht werden. Mit Blick auf das Feld der Krebsforschung erläuterte Prof. Dr. Tobias Bopp (JGU) neue Chancen durch Immuntherapien. Annika Nowak, Koordinatorin der Generaldirektion Forschung zur „Mission Cancer“, beschrieb das Aktionsfeld der EU in der Krebsforschung und betonte, wie wichtig das Überführen der Erkenntnisse aus Horizon-Projekten in die klinische Anwendung sei. Auf einem dritten Panel zum Thema Neurophysiologie und Künstlicher Intelligenz (KI) erläuterten Expertinnen und Experten die negativen Auswirkungen von Covid-19 auf die psychische Gesundheit, aber auch auf die Lungenfunktion. Zugleich wurden von Dr. Anirban Mukhopadhyay (TU Darmstadt) Chancen durch die Nutzung von Daten und KI aufgezeigt, selbst wenn in der EU aktuell noch ein Fachkräftemangel bei Datenexpertinnen und -experten bestünde.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat:**

20.09.2022	Rat Allgemeine Angelegenheiten
26.09.2022	Rat Landwirtschaft und Fischerei
29.09.2022	Rat Binnenmarkt und Industrie
30.09.2022	Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie

### **Kommission:**

21.09.2022	Revision der Feuerwaffen-Richtlinie Empfehlung zu Krebs-Screening
28.09.2022	Anpassung der Haftungsregelungen: Richtlinie für Haftungsvorschriften für Künstliche Intelligenz, Überarbeitung der Produkthaftungsrichtlinie.

Implementierung der Sozialen Säulen: Stärkung der EU, Vorschlag der Kommission zum Mindestlohn, Schutz von Arbeitern gegen gesundheitliche Risiken, die vom Kontakt mit Asbest am Arbeitsplatz ausgehen.

## **Europäisches Parlament**

In den nächsten zwei Wochen finden keine Plenarsitzungen des EP statt.

## **Ausschuss der Regionen**

- |                |  |
|----------------|--|
| 22./23.09.2022 | ECON-Fachkommissionssitzung<br>Überprüfungsbericht über die Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität (Meinungsaustausch)<br>Notfallinstrument für den Binnenmarkt (Meinungsaustausch)<br>Fortschritte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele (Meinungsaustausch)  |
| 28.09.2022     | CIVEX-Fachkommissionssitzung<br>Legale Migration - Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern (Abstimmung)  |
| 29.09.2022     | COTER-Fachkommissionssitzung<br>Die Menschen an die erste Stelle setzen, nachhaltiges und integratives Wachstum sichern und das Potenzial der Gebiete in äußerster Randlage der EU erschließen (Arbeitsdokument)<br>Mehr Unterstützung für Gebiete mit natürlichen und demografischen Nachteilen im Rahmen der Kohäsionspolitik (Artikel 174 AEUV) (Abstimmung)<br>Gerechter und nachhaltiger Wandel im Kontext kohle- und energieintensiver Regionen (Abstimmung) |

## **Europäischer Gerichtshof**

- |            |   |
|------------|---|
| 20.09.2022 | Urteil (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-793/19 SpaceNet und C-794/19 Telekom DEU Vorratsdatenspeicherung in DEU   |
| 20.09.2022 | Urteil (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-339/20 VD und C-397/20 SR - Vorratsdatenspeicherung in FRA zwecks Bekämpfung von Insiderhandel                                |
| 20.09.2022 | Schlussanträge in der Rechtssache C-252/21 Meta Platforms u. a. (Allgemeine Nutzungsbedingungen eines sozialen Netzwerks) - Zusammenführung von Nutzerdaten aus verschiedenen Quellen |

- 21.09.2022 Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-660/20 Lufthansa Cityline - Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten bei der Vergütung
- 22.09.2022 Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-245/21 und C-248/21 DEU (Behördliche Aussetzung der Überstellungsentscheidung) - Dublin-III: Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen – Covid-19-Pandemie
- 22.09.2022 Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-475/20 Admiral Gaming Network, C-476/20 Cirsa Italia, C-477/20 Codere Network, C-478/20 Gamenet, C-479/20 NTS Network, C-480/20 Sisal Entertainment, C-481/20 Snaitech und C-482/20 Snaitech - Kürzung der Provisionen für konzessionierte Glücksspielautomatenbetreiber in ITL
- 22.09.2022 Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-518/20 Fraport und C-727/20 St. Vincenz-Krankenhaus - Verfall von Urlaubsansprüchen bei Krankheit bzw. voller Erwerbsminderung
- 22.09.2022 Urteil in der Rechtssache C-120/21 LB (Verjährung des Anspruchs auf bezahlten Jahresurlaub) - Verjährung von Urlaubsansprüchen
- 22.09.2022 Urteil in der Rechtssache C-159/21 Országos Idegenrendészeti Főigazgatóság u.a. - Aberkennung bzw. Verweigerung internationalen Schutzes
- 22.09.2022 Schlussanträge in der Rechtssache C-34/21 Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer - Datenschutz bei Livestreamunterricht
- 22.09.2022 Schlussanträge in der Rechtssache C-290/21 AKM (Satelliten-Bouquet-Angebot in AUT) - Grenzüberschreitende Satellitenübertragung mit Signalverschlüsselung
- 29.09.2022 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-597/20 LOT Behördliche Durchsetzung von Fluggastrechten
- 29.09.2022 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-555/21 UniCredit Bank Austria Vorzeitige Darlehensrückzahlung

## **Europäisches Gericht**

- 21.09.2022 Urteil in der Rechtssache T-475/21 FRA / Kommission – EU-Fördermittel für Anbau von Futterpflanzen

28.09.2022

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-174/21 Agrofert /  
Parlament  
Zugang zu Dokumenten betreffend angebliche  
Interessenkonflikte wegen der Kontrolle von Herrn Andrej  
Babiš über die Agrofert-Gruppe

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 30.09.2022.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA

